

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 23. Mai 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Mehr Arbeitsfreudigkeit. — Unfruchtbarer Sozialpolitiker. — Der Gewerbeinspektor als Vertrauensperson. — Ein verlorener Streik der Christlichen. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Jamboser Betrug. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Aus dem bayerischen Gewerbeinspektionsbericht. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Konzentration des Kapitals. — Zu den Tarifabschlüssen im Baugewerbe. — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sperret sind: Hagen: Firma Richter. Eberbach (Baden): Firma Gützkow. Freiburg (Baden): Alle Werkplätze. Limbricht bei Weuel: Firma Lürge. Floß (Oberpfalz): Firma Wetter. Halle: G. Zimmermann, R. Wendenburg, D. Staudte. Schwäbisch-Hall: Plaz Durer. Eberbach (Sachsen): Firma J. B. Neumann.

Heilbronn. Nach dreitägiger Arbeitsniederlegung wurde ein Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen mit garantiertem Stundenlohn. Der Lohnsatz beträgt 54—62 Pfg. pro Stunde. Bericht folgt in nächster Nummer.

Erft. Bei der Firma Anhalt sind sämtliche Steinmessen entlassen worden. Grund soll die Verweigerung von Ueberstunden sein. Die reisenden Kollegen wollen hiervon Notiz nehmen, da am Orte noch eine Anzahl verheiratete Kollegen arbeitslos sind. Als Rauscher sind wieder Steinmessen aus Eberbach und Troffenfurt eingetroffen.

München. Die Lohnbewegung ist teilweise erledigt. Die Stundenlöhne wurden um 3 Pfg. erhöht; nächstes Jahr erfolgt nochmals eine Zulage von 2 Pfg. Auch der Positionstarif fand Annahme. Noch nicht beendet ist die Lohnbewegung für die Kollegen der Grabsteinbranche.

Breslau. Die Steinbildhauer stehen im Streik. Unsere haben Berufsangehörigen verlangen die Einführung des Siebenstunden-Arbeitstages. Bewilligt hat nur ein Prinzipal und zwar Paul Wittsche, unser ehemaliger Geschäftsleiter.

Seebergen. Die Unternehmer haben den Tarif gekündigt, sie wollen nach dem Gotthausen Tarif bezahlen, welcher ebenfalls abgelaufen ist. Es würde dies eine Verschlechterung von circa 20 Prozent bedeuten.

Barmen-Oberfeld. Der Streik dauert unverändert weiter. Die Unternehmer weigerten sich, eine Arbeitszeitverkürzung zu gewähren.

Brandenburg (Havel). Unsere Kollegen verharren nun seit 8 Wochen tapfer im Streik. Die Unternehmer legen eine große Hartnäckigkeit an den Tag, aber die Solidarität der Arbeiter wird auch diese Herren zur Räson bringen.

Hamburg I und II. Der Streik ist beendet. Die Stundenlöhne wurden um 3—5 Pfg. erhöht.

Magreuth. Der Streik dauert unverändert fort.

Weschn. Die Firma Porphyrtwerk wollte Verschlechterungen vornehmen. Die Kollegen antworteten mit dem Streik.

Springe. Sämtlichen Kollegen wurde gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangel.

Bremen. Die Lohnbewegung ist mit folgendem Resultat beendet: Der Stundenlohn ist um 5 Pfg. erhöht. Die Grundpreise in der Flächenberechnung sind um 50 Pfg. pro Quadratmeter erhöht. Für kleinere Flächen wurde noch ein Zuschlag erzielt, der etwa 10—15 Prozent ausmacht. Die Meldung in der letzten Nummer, es seien für diese Flächen 50 Prozent Zuschlag gewährt worden, beruhte auf einem Irrtum.

Gdenstetten, Metten, Litzling und Büchberg. Die Verhandlungen, die am 14. Mai in Metten wegen Einführung eines Bezirkstarifs stattfanden, schloßten abermals. Die Verhandlungen leitete Gewerbeinspektor Dr. Rüd, Landshut, weiter war als Unparteiischer der Bezirksamtmann Ritter von Venk aus Deggendorf erschienen. Die Beratungen wurden nicht endgültig abgebrochen, sondern es wird jetzt zahlstellenweise vorgegangen.

Dürkheim. Die neugegründete Filiale der Firma Gützig aus Wiltberg kündigt sich nicht um den bestehenden Vertrag und bezahlt nach Willkür. Die Steinmessen verließen deshalb den Arbeitsplatz.

Mannheim. Am 18. Mai sind 70 Kollegen in den Streik getreten. Die Unternehmer wollen die Arbeitszeit verlängern.

Mehr Arbeitsfreudigkeit.

Wenn ein Heer ins Feld geführt wird, um das Vaterland und die heimische Kultur gegen einen andringenden Feind zu verteidigen, so wird es mit den besten Angriffswaffen und Verteidigungswaffen versehen, es wird auch in jeder Hinsicht gut gepflegt, damit es über die nötige Widerstandskraft verfüge, um seine Sache zum Siege führen zu können. Jeder gute Heerführer weiß aber, daß das noch nicht genügt, um einen Sieg zu erringen, daß es

dabei im Gegenteil sehr viel mit auf den Geist der Truppen ankommt, die man ins Feld führt. Man nennen das die Militärs, womit der Begeisterungsgeist des Soldaten gemeint ist, der ihn zu den größten Entbehrungen und Opfern, zur Einsetzung seiner ganzen Person, zur Nichtachtung auch der schlimmsten Gefahr anreizt, um seine Sache zum Siege zu führen. Fehlt es einer Truppe an Begeisterung, so werden auch die besten Kampfmittel ihr kein Uebergewicht über den Feind geben und ein Sieg ist unmöglich.

Nicht viel anders im gewerkschaftlichen Kampf. Sicher kommt es da viel darauf an, daß man über tüchtige Kampfmittel, über starke Fonds, eine gut disziplinierte Kämpferschar, mit einem Worte, über eine leistungsfähige straffe Organisation verfügt, daß man den richtigen Zeitpunkt und das passende Kampffeld wählt, will man einen Sieg erringen. Aber auch hier ist doch mit die Vorbedingung des Erfolgs ein guter Kampfesgeist der im Kampfe stehenden Arbeiterschar. Begeisterung für die Sache der proletarischen Befreiung, Opferwilligkeit bis zum äußersten und Arbeitsfreudigkeit sind nun einmal nötig, um den wirtschaftlichen Kampf siegreich führen zu können. Man kann sogar sagen, daß Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit im wirtschaftlichen, richtiger im gewerkschaftlichen Kampf notwendige Voraussetzungen des Erfolgs sind, als im blutigen Ringen der Nationen. Hier ist der Wille des Soldaten bei der Organisation des Heers von nur geringer Bedeutung, und es spielt deshalb eine mehr nebensächliche Rolle, ob der Soldat außerhalb des Feuers, im täglichen Drill, mit Herz und Hand bei der Sache ist, oder ob er, innerlich teilnahmslos, lediglich seine Pflicht tut. Hauptsache bleibt hier doch immer, daß der Soldat im Feuer steht, daß er vor dem Feind dem Heerführer unbedingt folgt, der Gefahr nicht achtend. Im gewerkschaftlichen Kampfe werden schon weit höhere Anforderungen an den einzelnen Kämpfer gestellt. Hier kommt es schon bei den vorbereitenden organisatorischen Arbeiten sehr darauf an, daß der gewerkschaftliche Soldat ganz bei der Sache, für sie begeistert ist, soll eine gute Organisation, ein starkes und erfolgfühiges Kampfteam geschaffen werden. Die Größe und Leistungsfähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation wird deshalb wesentlich davon abhängen, ob auch alle ihre Glieder von Begeisterung für die gewerkschaftliche Idee durchdrungen sind.

Eine Gewerkschaft wird sich ausdehnen, wenn sie von einem guten Geiste beseelt ist. Jedes ihrer Mitglieder wird dann zum eifrigen Agitator für seine Organisation. Und diese Agitation, die von Begeisterung getragen ist, hat viel mehr Ueberzeugungskraft, und sie hat bei der Masse der indifferenten Arbeiter weit mehr Erfolg, als eine gelegentliche Werbearbeit, die man pflichtgemäß verrichtet, ohne daß man mit Herz und Hand bei der Sache ist. Jedermann fühlt sich hingezogen zu dieser Organisation, die von so brüderlichem Geiste beherrscht ist, wo einer es dem andern zubortun möchte, wenn es gilt, für die gewerkschaftliche Arbeit opfervolle Arbeit zu leisten. Und jeder neugewonnene Kämpfer stellt sich freudig in Reih und Glied, um dieser Sache zu dienen, die so viele Tausende und Abertausende von Arbeitsbrüdern über die tägliche Misere ihrer Proletariatsexistenz hinaushebt, mit Begeisterung erfüllt zum opfervollen Kampfe um eine bessere Zukunft. Einer solchen Organisation kann es nicht fehlen; sie wird wachsen, blühen und gedeihen; sie wird ihren Einfluß ausdehnen auf einen immer größeren Personenkreis, sie wird an innerer Festigung gewinnen, sie wird im gewerkschaftlichen Kampfe unter den schwierigsten Verhältnissen den Erfolg an ihre Fahnen fesseln.

Das trifft auf unsern Verband genau so gut zu, wie auf andre Gewerkschaften. Wir müssen aber doch fragen: Wie kommt es, daß im letzten Jahre der Mitgliederzuwachs ein so minimaler war? Wir müssen untersuchen, woran das liegt; das Zeter und Mordio schreien über den zu minimalen Erfolg bezüglich der geringen Mitgliederzunahme allein hilft nichts! Voran sei bemerkt, daß wir uns den Unternehmern gegenüber geradezu eine achtungsgebietende Stellung geschaffen haben. Unser Tarifwesen hat in den letzten zwei Jahren eine große Ausdehnung erfahren; unsere Lohnbewegungen, gleichgültig, ob diese mit oder ohne Streiks durchgeführt wurden, erhielten für uns meist respektable Erfolge, und mit den Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung können wir uns mit jeder andern Gewerkschaft messen. Und trotz dieser günstigen Chancen im Vorjahre nur ein unbedeutendes Plus an Mitgliedern.

In Kassel sagte ein Delegierter, der, wir erkennen es sehr gern an, eine reiche gewerkschaftliche Erfahrung besitzt, daß „unsre Erfolge zu stark ins Land hinausposaunt würden, dadurch würden die Unternehmer stutzig“. Und der Redner fügte hinzu: „Ueber die Erfolge können ja die Gauleiter reden, der Geschäftsbericht gäbe ihnen Material genug in die Hand.“

Soweit die Agitation in Frage kommt, werden eben unsre Erfolge viel zu wenig ausgenützt. Unsre Gauleiter sind im Vorjahre zur rationalen Agitation überhaupt nicht gekommen, und deshalb nützt es auch allein nichts, wenn man auf den Geschäftsbericht vertraut, damit mit diesem die Gauleiter Mitgliederwerbung treiben sollten. Gerade in der besten Zeit, in den Mo-

naten April bis September, sind unsre Agitatoren äußerst intensiv tätig, die Lohnbewegungen zu leiten. Bei jeder Kleinigkeit wird in den Zahlstellen überdies der Gauleiter verlangt. Und doch darf unter keinen Umständen die Agitation vernachlässigt werden; wir müssen mehr in die finsternen Winkel eindringen.

Gerade gegenwärtig muß die Aufklärungsarbeit in der Steinindustrie eine recht intensive sein. Es wurde mit Recht in Kassel betont, daß wir in Zukunft auf eine recht bedeutende Mitgliederzunahme bedacht sein müssen. Wir haben außer den besoldeten Gauleitern eine Reihe von Berufskollegen, welche mit dem Abhalten von Versammlungen betraut werden können. Wir müssen mehr wie bisher bedacht sein, junge Kräfte zu hervorragenden Verbandsarbeiten heranzuziehen. Es würde verkehrt sein, wenn schließlich die Meinung da oder dort auftauchen sollte, „ich dulde kein andres Licht neben dem meinigen“. Wir haben das Empfinden, daß der jüngere Nachwuchs nicht dementsprechend zu Verbandsarbeiten herangezogen wird, wie es wünschenswerterweise notwendig erscheint. Hier könnten gerade die Gauleiter sehr fördernd wirken. Wo in einer Zahlstelle tüchtige junge Kollegen ausfindig gemacht werden, da hat man diese Leute anzuspornen, man hat dafür Sorge zu tragen, daß ihr Arbeitseifer für den Verband geweckt wird. Es ist nicht jedermanns Sache, sich vorzudrängen; ist auch recht so, man bemerkt dann sofort Charakterfestigkeit. Aber wenn man sagt: „Du, mein Lieber, hör mal, du hast das Zeug, für den Verband nützliche Arbeit zu leisten, übernimm diesen oder jenen Posten in der Ortsverwaltung, stelle dich der Gauleitung, wenn notwendig, zur Verfügung, bilde dich in deinem Wissen noch besser aus“, so wird diese Bemerkung sicherlich anspornend auf den jungen Mann wirken.

Hier ein persönliches Erlebnis: Schreiber dieser Zeilen hiel in einem Granitbezirk vor etwa drei Jahren eine große Versammlung ab. In der Debatte nimmt ein 18jähriger Mann das Wort, welcher eine sehr gut aufgearbeitete Rede hielt. Als ich mich sofort am Bureau Tisch über die näheren Personalien des Redners erkundigte, wurde mit der Bescheid: „Es ist eben ein junger Heißsporn, sein Jugendeifer wird bald wieder berrauht sein.“ Ich brachte meine gegenteilige Ansicht unverhohlen zum Ausdruck mit dem Bemerkten: Solche Leute müssen wir uns zu halten suchen. Daß ich den jungen Kollegen nach Schluß der Versammlung aufmunterte, war klar. Heute ist der junge Mann schon ein einflußreiches Mitglied einer Gauleitung.

Unverhohlen wollen wir zum Ausdruck bringen, daß einige ältere Kollegen, die Agitation treiben könnten, es an Arbeitsfreudigkeit fehlen lassen. Es wird die Ausrede gebraucht: „Wir was haben wir denn die Besoldeten.“ Auch hier muß Wandel eintreten. Greifen wir ein Beispiel heraus. In Frankfurt a. M. hatten wir vor zwei bis drei Jahren ganz rührige Agitatoren; heute merkt man von diesen Kräften gar nichts mehr. An Arbeit fehlt es in der dortigen Gegend sicherlich nicht. Warum auf einmal dieses Beiseitestehen?

Wir wissen, daß in vielen Fällen die Arbeitsfreudigkeit der befähigteren Kollegen durch die übertriebene Kritik recht stark eingengt wird. Besonders bei Streiks haben diejenigen, die am schärfsten rasonnieren, die meisten Anhänger. Diese Elemente sind mit keinem Tarifabschluß, mit keinem Erfolg zufrieden. Die innegehaltene Taktik paßt ihnen nicht, der Streik müßte noch länger dauern und so fort. Meist sind es Nichtswisser, die berartig operieren, oder sie sind überhaupt erst kurze Zeit Verbandsmitglieder, aber desto selbstbewußter ist ihre Kritik. Nehmen wir einen beliebigen Streik. Die Sache klappt meist nicht immer so, wie es die neuen Taktiker weise berechnet hatten, was selbstverständlich nur Schuld der Gegner dieser Taktik war. Wenn diese Gegner dann noch mit der Verbandsleitung identisch sind, dann um so schlimmer; dann wird mit der Verbandsleitung kräftige Abrechnung gehalten, was natürlich nicht erhehend auf das Verbandsleben wirkt.

An andern Orten wieder hat man die Auffassung, daß in gewissen Zeiträumen gestreikt werden müsse um jeden Preis. Die Situation ist zwar für eine Lohnbewegung nicht günstig, die schlechte Geschäftslage wie auch die gedrückte Stimmung der Mehrzahl der Kollegen müßte bei kühler Ueberlegung schon von selbst ein Vorgehen verbieten. Man läßt es aber auf die selbstverständliche Ablehnung des Streikgesuchs durch den Vorstand ankommen, um dann in hohen Tönen gegen die bureaukratische Verbandsleitung zu Felde zu ziehen. Die Ablehnung des Streikgesuchs durch den Vorstand war ja das einzig richtige, daß sehen die verständigen Kollegen auch ein, nicht aber die unverständigen, die eine durchaus vernünftige Handlung der Verbandsleitung gerade zum Anlaß einer unfruchtbarer Kritik am Verband nehmen. Die Folge davon ist wieder Verstimmung gegen den Verband bei vielen Kollegen.

Wir wissen nur zu gut, daß die Mißstimmung innerhalb der Kollegenkreise künstlich großgezogen wird. Erst in der letzten Nummer des Steinarbeiter kam ein Kollege zum Wort, der in recht unqualifizierter Weise polemisierte.

Der Kollege war stolz darauf, Großstädter zu sein, in der Polemik war nichts zu merken, daß er deshalb etwas mehr Schluß entwickelt hätte.

Auf diese und ähnliche Weise wird nach und nach an einzelnen Orten die Arbeitsfreudigkeit im Verband untergraben. Gewisse gewerkschaftsfeindliche Tendenzen, die von organisationsfremden Elementen in die Organisation hineingetragen werden, geringfügige oder pessimistische Beurteilung der Gewerkschaftstätigkeit, Kleinliche Gezeiren gegen die Gewerkschaftsbeamten und andres tun dann ein übriges, um die Bestimmung gegen den Verband zu nähren.

Vergessen wir nie, daß wir nur dann vorwärts kommen und Erfolge erzielen, wenn alle unsere Kollegen im Verband freudig mitarbeiten.

Unsre Losung aber sei: Gehen wir rücksichtslos an die agitatorische Arbeit; unsre Reihen zu stärken, muß unsre nächste zu erledigende Arbeit sein.

Unfruchtbare Sozialpolitik.

Das sozialpolitische Ergebnis der jetzt vertagten Reichstagsession ist ein äußerst dürftiges; es entspricht aber ganz den Absichten der Reaktionsäre, die den Kern der Blokmehrheit des Reichstags bilden. Damit wollen wir jedoch keineswegs gesagt haben, daß die übrigen bürgerlichen Parteien prinzipiell eine gute, arbeiterfreundliche Sozialpolitik zu fördern suchten. Nur aus demagogischen und parteipolitischen Zweckmäßigkeitsgründen stellen sich gelegentlich einzelne Gruppen, auch das Zentrum, so an, als ob sie den Arbeitern Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung gesekmäßig garantieren wollten. Für sie liegt nämlich der Knüppel beim Sunde. Unter den leider politisch sehr kurzfristigen Arbeitern haben sie eine große Zahl Wähler, denen gegenüber sie dann und wann eine arbeiterfreundliche Maske vorbinden, um sich diese Arbeiter als Stimmgeber bei den Wahlen zu erhalten. Samt und sonderst sind sie aber einig darin, daß die Ausbeutung der Arbeitskraft der arbeitenden Klassen den besitzenden Klassen als Privilegium erhalten bleiben soll.

Der Streit um die Anteilnahme der Regierung hat bekanntlich zur Genausdrängung des Zentrums aus der Regierungsmehrheit geführt. Dieser Zwist unter den bürgerlichen Parteien hatte im Reichstage insofern eine Aenderung der politischen Situation zur Folge, als die freisinnigen Gruppen alles taten, um in der Regierungsmehrheit, im Block, verbleiben zu dürfen. Daher haben sie auch die Gesetzesvorlagen der Regierung getreulich apportiert und alle Kraft auf deren Durchführung verwandt. Unter solchen Umständen war von ihrer Seite nichts für die Arbeiter zu erhoffen, es blieb ihnen nicht einmal die Zeit dazu übrig. Sie haben die reaktionären Pläne der verbissenen Arbeiterfeinde gutgeheißen.

Im Reichsvereinsgesetz, das sie unvertrotenerweise als eine große nationale Tat anpreisen, weil es die Partikulargesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht aufhebt, sind die Beweise für die Arbeiterfeindlichkeit der Freisinnigen enthalten. Und gerade das ist ein Zeugnis für ihre sozialpolitische Rückständigkeit, denn ein freies Vereinsgesetz böte den Arbeitern die Möglichkeit, auf dem Wege der Selbsthilfe den Unternehmern Konzessionen abzuringen, wenn ihnen die Gesetzgebung den nötigen Schutz gegen die schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft verweigert. Ja selbst der Kampf der Arbeiter um die geringen sozialpolitischen Gesetze, auf deren Ausführung die Arbeiter oft erst mit allem Nachdruck hindrängen müssen, wird durch die in das Reichsvereinsgesetz gezwungenen reaktionären Bestimmungen unterbunden. Wer dazu seine Hand lieh, wie die Freisinnigen, der kann und wird die Interessen der Arbeiter nie vertreten.

Das wird sich übrigens sehr deutlich bei der Fortführung der jetzt vertagten Session im nächsten Winter zeigen. Dann soll der Entwurf über das Hilfskassen-gesetz fertig gestellt werden — außerdem wird offiziell von einer „Reform des Arbeiterversicherungswezens“ gemunkelt — dazu die Gewerbenovelle, die unter anderem eine Regelung der Heimarbeitverhältnisse bringen soll. Am meisten wird aber die Arbeiterfeindlichkeit bei der sogenannten Steuerreform hervorstechen, denn dabei handelt es sich darum, nach dem Willen der Regierung und der herrschenden Klassen den arbeitenden Klassen Hunderte von Millionen neuer indirekter Steuern aufzuhalsen.

Bei der Emsigkeit, mit der die Blokkparteien die Pläne und Entwürfe der Regierung förderten, blieb in dieser Session nur wenig Zeit übrig zur Beratung der zahlreichen Initiativanträge, unter denen die der sozialdemokratischen Fraktion über Arbeiterfragen hervorstachen. Wir brauchen dem kaum hinzuzufügen, daß die Vertreter der Arbeiterpartei, die sozialdemokratische Fraktion, sich alle Mühe gab, die reaktionären Streiche — so beim Vereinsgesetz, beim Gesetz über den sogenannten kleinen Beschäftigungsnachweis usw. — abzuwehren. Soweit ihr das nicht gelungen ist, wird die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse die gesetzlichen Schranken überpringen und dieser kleinlichen Gesetzesmacherei den Stempel der Unfähigkeit und Lächerlichkeit aufdrücken.

Auf der Bahn dieser Entwicklung werden die Arbeiter durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen sich den Schutz gegenüber dem Ausbeutertum schaffen müssen, den ihnen die Gesetzgebung versagt. So besorgt diese Gesetzgebung selbst die Schürung des Klassenkampfes durch eine reaktionäre, unfruchtbare Sozialpolitik.

Der Gewerbeinspektor als Vertrauensperson.

In Nr. 7 der Monatschrift des Verbands Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist ein Urteil des Gewerbegerichts in Köln veröffentlicht, das insofern von außergewöhnlichem Interesse ist, als hier gerichtsnotorisch festgestellt wurde, welchen Gefahren sich solche Arbeiter aussetzen, die von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch machen, und sich bei der Gewerbeinspektion über Mißstände im Betriebe beschweren. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Arbeiter hatte an die Gewerbeinspektion in Gummersbach einen Brief geschrieben, worin er von Mißständen auf der Steingrube in Kaiserau, woselbst er beschäftigt war, Mitteilung machte. Die Betriebsunternehmerin hat infolge dieses Schreibens, von dem sie durch die Gewerbeinspektion Kenntnis

erhalten hat, den Arbeiter ohne Einhaltung der mit diesem vereinbarten achtjährigen Kündigungsfrist entlassen, weil sie in dem Schreiben „eine sie beleidigende Denunziation“ erblickte und sich für berechtigt hielt, die sofortige Entlassung des Arbeiters zu verfügen. Der letztere klagte nunmehr auf 30 Mk. Entschädigung, und das Gewerbegericht hat die Firma zur Zahlung dieser Summe verurteilt. Es müsse hervorgehoben werden, so sagt das Gericht, daß der Arbeiter das Recht habe, wegen tatsächlicher vorhandener oder vermeintlicher Mißstände im Betriebe sich beschwerdeführend an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden. In der Ausübung dieses Rechts liege, selbst dann, wenn der Beschwerdeführer in der Darstellung der Mißstände übertreibe, noch keine Beleidigung, und die Ansicht, daß die bloße Anzeige von angeblichen Mißständen an die Gewerbeinspektion ohne vorherigen Versuch der Abstellung der Mißstände durch Anzeige an die Betriebsbeamten als gehässige Denunziation einen Entlassungsgrund darstelle, sei demnach irrig. Das Gewerbegericht hat aber im weiteren beschloffen, zur näheren Beurteilung der Sachlage von der Gewerbeinspektion den fraglichen Brief des Arbeiters sowie eine Abschrift der von der Inspektion auf das Schreiben hin an die Firma erlassenen Verfügung einzufordern. Das hat der Gewerbeinspektor abgelehnt. Er teilte dem Gewerbegericht mit, er sei nicht befugt, für das private Streitverfahren dienstliches Aktenmaterial zur Verfügung zu stellen. Vom Gewerbegericht ist dieser Standpunkt anerkannt worden, denn am Schlusse der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, daß das Beweisverbot auch aus dem Grunde unzulässig sei, weil der Gewerbeinspektor eine Vertrauensperson ist, die zu derartigen Mitteilungen nicht befugt ist.

Zu dem Urteil an sich war kaum etwas zu sagen, denn das konnte nach Lage der Sache gar nicht anders ausfallen. Um so entschiedener muß aber die Frage aufgeworfen werden, warum sich der Gewerbeinspektor nicht bereits der Firma gegenüber als Vertrauensperson gefühlt und gezeigt hat. Zwar ist nicht bekannt, ob der Gewerbeinspektor der Firma den Namen des Beschwerdeführers mitgeteilt hat, aber festgestellt ist, daß die Firma von dem Schreiben des Arbeiters „durch die Gewerbeinspektion“ Kenntnis erhalten hat, und die Folge davon war die Entlassung des Arbeiters. Ein Gewerbeinspektor muß doch die Möglichkeit und das Recht besitzen, eine ihm überwiesene Beschwerde weiter zu verfolgen, ohne der Firma, gegen die sich die Beschwerde richtet, von dem Beschwerdeschreiben Kenntnis zu geben. Andernfalls bleibt die Gewerbeinspektion für die Arbeiter entweder völlig wertlos, oder sie wird da, wo sie in Anspruch genommen wird, den Arbeitern geradezu gefährlich. In dem vorliegenden Falle ist einmal die Festätigung dieser Behauptung an Gerichtsstelle erfolgt, in vielen ähnlichen Fällen ist ein solcher Nachweis nicht immer möglich. Zwar ist dem Arbeiter vom Gericht bestätigt worden, daß er nur getan hat, wozu er berechtigt war, und demgemäß wurde auch sein Klageanspruch anerkannt. Trotzdem aber hat er seine Beschäftigung eingebüßt, und kein Gericht vermag den Unternehmer zu zwingen, das an dem Arbeiter begangene Unrecht wieder gut zu machen. Wenn aber die Gewerbeinspektoren nach wie vor in ihren Berichten zum Ausdruck bringen, daß zwar das Vertrauen der Unternehmer, nicht aber das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen gemacht ist, so ist es wahrlich nicht schwer, nach Gründen hierfür zu suchen.

Ein verlorener Streik der Christlichen.

Von einem freien Gewerkschaftsführer wird der Münchner Post geschrieben:

„In Wiesau in der Oberpfalz, so erzählt das Neue Münchner Tageblatt, wurde der vom christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband geführte Streik der Baustellensarbeiter beigelegt. Herr Weigler-München empfahl die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, soweit die Stellen nicht bereits durch Streikbrecher besetzt waren. Schuld am Mißlingen dieser Bewegung, so wird weiter berichtet, war der Umstand, daß Stalinener als Streikbrecher kamen und daß die eigenen Verbandskollegen für einen Streik noch nicht erprobt waren. Gewiß, all das mag zutreffen; Streikbruch und Wankelmüt im eignen Lager haben schon manche Bewegung zum Scheitern gebracht. Bei den Christlichen sowohl wie bei den Freiorganisierten. Aber nun erinnere man sich doch an das Verhalten der christlichen Führer, wenn einmal eine freie Gewerkschaft einen Streik verliert. Jahrelang geht man mit solchen Vorkommnissen haustieren. Nach dem Geschwäh der christlichen Helben gibt es dann nichts Unfähigeres, als die freien Führer, die „unüberlegte frivole“ Streiks die Arbeiter verraten und unendliches Elend über die verheßten Arbeiter bringen“ usw. Und wie Laageier stürzen sich die Christlichen auf solche Orte, um im trüben zu fischen und durch ihre hinterlistige Agitationsweise die Verwirrung der Arbeiter zu vergrößern. Wir sind weit entfernt davon, uns über diese Niederlage der „Christlichen“ zu freuen. Jeder verlorene Streik trifft mehr oder weniger die Gesamtgewerkschaft und trägt zur Stärkung des Machtbündels der Unternehmer bei. Außerdem stehen uns christlich-organisierte Arbeiter, die ehrlich für die Besserstellung ihrer Lebenslage ringen, hundertmal näher als irgendein Unternehmer. Aus diesem Grunde also bedauern auch wir die Niederlage in Wiesau. Von den Führern der Christlichen aber erwarten wir, daß sie sich, durch die Erfahrung belehrt, im Laufe der Zeit ebenfalls zu unserer Anschauung über die schweren Schäden verlorener Streiks bekehren. Dann wird man sie sicher auch seltener als Schuppriißler auf Seiten der Unternehmer finden. Und das alberne Geschwäh von verlorenen Streiks der freien Gewerkschaften dürfte dann ebenfalls seltener werden.“

Nicht uninteressant an dieser Streitangelegenheit ist noch die Tatsache, daß sich die christliche Verbandsleitung an das Ministerium wandte und um die Fortschaffung der italienischen Streikbrecher ersuchte. Das Ministerium erklärte jedoch, daß es keine gesetzliche Handhabe besitze, Ausländer im Streikfalle den Arbeitgebern zu entziehen. Werden die Christlichen daraus die nötigen Konsequenzen ziehen?

Als Hannes Wolf die Redaktion der Gewerkschaftsstimme übernahm, hielt er es für angebracht, in „christlicher“ Weise Verunglimpfungen aus gegenüber anzubringen, wenn bei den Steinarbeitern ein Streik verloren ging. Heute wird dieser Held, den wir seiner „betannenen“ Wahrheitsliebe wegen vor Wochen im Adamslostum konterfeiten, über Streiks, die zum Leidwesen der gesamten Arbeiterschaft verloren gehen, wohl anders denken. Gätten wir die scholle Kampfesart mancher christlichen Gewerkschaftsblätter nachahmen wollen, dann würde es genügt haben, mit demselben Maße unsererseits zu messen und den Christlichen die Streiks, die ihnen verloren gehen, schwarz anzukreiden. Auf eine solche unfaire Kampfesart lassen wir uns nicht ein. Verlorene Kämpfe gibt es nicht

nur bei uns, sondern auch bei den Unternehmern. Unsere Erfolge bedeuten Niederlagen der Unternehmer. Wir haben uns noch niemals eingebildet, ein Rezept dafür zu besitzen, jeden Lohnkampf mit mathematischer Sicherheit gewinnen zu können.

Korrespondenzen

Bad Dürkheim. Wie schon mitgeteilt, hat die Zahlstelle Dürkheim den Platz Güttich gesperrt und zwar deshalb, weil die Arbeiter ganz schlecht entlohnt werden. Wir haben uns mit der Firma in Verbindung gesetzt und haben geglaubt, so bald wie möglich die Sache wieder ins reine zu bringen, haben aber herausgefunden, daß dies nicht so leicht ging. Als wir sämtliche Leute herausgeholt hatten, verjagte Güttich die andern Unternehmern die Arbeit anfertigen zu lassen. Als ihm dieses nicht gelang, schickte er uns einen Haufen von seinen Landsleuten, welche selbstverständlich nicht organisiert sind, hierher. Das gebrochene Material sollte nach Milltenberg transportiert werden. Letzterer Versuch schlug fehl. Es kam nun von der Firma ein Schreiben, in welchem bestätigt wurde, daß unser Vertrag anerkannt sei. Nun glaubte man, es sei alles im reinen, allein wir waren getäuscht, denn der Polier erklärte, er könne keine Steinhauer einstellen. Er machte einem Kollegen gegenüber die Bemerkung: Wir bekommen unsere Steine gebrochen und mit den Steinhauern haben wir nichts zu tun. Nun wurden die arbeitswilligen Drecher für unsre Idee gewonnen. Für uns war das ein schöner tatsächlicher Erfolg. Es wird dieses für Herrn Güttich eine Lehre sein, aber auch ein Beweis, daß sich mit einer guten Organisation nicht spaßen läßt.

Wrotterode. In der am 10. Mai stattgefundenen Mitglieder-versammlung gab der Kassierer, Kollege Sachs, den Kassenbericht vom 1. Quartal 1908. Durch die Abreise des zweiten Revisors machte sich die Wahl eines andern notwendig. Gewählt wurde als solcher der Kollege Wenninger. Dann gab die Kommission einen Bericht über die verkaufene Lohnbewegung auf Platz Köppler in Schmalkalden, welche für uns nicht den gewünschten Erfolg brachte. Aber trotzdem wurden einige Positionen im Tarif verbessert. Ueber den Platz Trogheer in Wrotterode entspann sich eine lebhafte Debatte. Dieser Herr sucht auswärts Steinmetzen, trotzdem hier am Orte verheiratete Kollegen arbeitslos sind, hier aber nicht einstellt. Vor Zugang nach Wrotterode sei hiermit an dieser Stelle gewarnt. Zum Punkt Bericht vom Verbandstag war Kollege Wuhler aus Erfurt erschienen. Derselbe schilderte in seiner leicht verständlichen Weise die Verhandlungen des letzten Verbandstages. Am Schlusse seiner Ausführungen erteilte der Redner reichen Beifall.

Wühlberg. Die am 14. Mai stattgefundene Versammlung erfreute sich eines sehr starken Besuchs. Der Saal war zum Erbrechen voll; aus der Zahlstelle Tittling, welche drei Stunden von hier entfernt liegt, waren ebenfalls 11 Kollegen anwesend. Als Referent erschien Kollege Alois Staudinger, welcher über den Stand der jetzigen Lohnbewegung referierte. Einleitend besprach er den Stand der Granitindustrie im bairischen Walde. In gewerkschaftlicher Beziehung haben hier die Kollegen bis vor wenigen Jahren sehr viel versummt. Nun gab Redner ein anschauliches Bild über die langwierigen Verhandlungen in Plattling. Im zweiten Teil seines Referats behandelte er den Stand und die Erfolge der deutschen Gewerkschaften im allgemeinen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden die lehrreichen Darlegungen, die wiederholt mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet wurden. In der Debatte nahmen mehrere Kollegen das Wort, welche auf die Plattlinger Verhandlungen eingingen. Die Reduzierungen auf die Korbplatten müßten unter allen Umständen verhindert werden. Kollege Reumeier aus Tittling beteiligte sich ebenfalls an der Debatte und führte aus, wie besonders die Wetzener Verbandsmitglieder geschöpft werden sollen, wenigstens nach der Ansicht des Herrn Schönmann. Der Vorsitzende dankte für den Massenbesuch, ebenfalls sprach er dem Referenten seine Anerkennung aus für den gediegenen Vortrag. Bei der Versammlung in Tittling werden auch Wühlberger zur Stelle sein.

Bunzlau. Unsre Monatsversammlung fand am 16. Mai in der Fichte statt. Genosse A. Scholz hielt einen Vortrag über das Erfurter Programm. Redner führte uns in klarer, leicht faßlicher Form die einzelnen Punkte des Programms vor Augen. Besonders hob er unsre Forderung in bezug auf das Wahlrecht hervor. (Lebhafter Beifall.) Nach Bekanntgabe des Kartellberichts brachte der Vorsitzende eine Karte von unserm Delegierten Vogel aus Warthau zur Verlesung, worin er es ablehnt, Bericht vom Verbandstage zu erstatten und auf die in Kürze zur Ausgabe gelangenden Kongressprotokolle verwies. Das ist freilich auch ein Standpunkt, aber jedenfalls nicht der richtige. Die Versammlung sprach ihre Mißbilligung darüber aus und betonte, daß der Delegierte, der doch vom Bezirk gewählt sei, auch die Pflicht zur Berichterstattung in jeder Zahlstelle habe. Der Besuch der Redenstunden, die von der letzten Versammlung beschlossen wurden, hatte nicht den erwarteten Zuspruch. Der Vorsitzende forderte deswegen zum besseren Besuch derselben auf. Auf einer auf den Plätzen ausgelegten Liste zu den Landtagswahlkosten gingen 34.25 Mark ein.

Essen. Am 1. Februar kündigten die hiesigen Unternehmer den im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarif. Am 11. Mai fanden die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Dr. W i e d e l b im Städtischen Saalbau statt. Anwesend waren vom Arbeiterverband der Verbandsdirektor Herr Schmiedehaus, die Unternehmer Marschang (Firma Wahnmann und Sohn), Quenell, Osterhoff, Zander, Köhnen und Großpeter und die Weltfirma Koll. Vom Zentralverband der Steinarbeiter der Gauleiter Adolf Hermann und vier Kollegen von der Zahlstelle, ebenfalls zwei Kollegen von den Christlichen. Die Verhandlungen dauerten bis abends 9½ Uhr, teilweise mit sehr erregten Debatten.

Der Tarif wurde abgeschlossen für Essen-Stadt und -Land. Der größte Teil vom alten Tarif ist bestehen geblieben, nur mit geringen Abänderungen und Zusätzen, aber nicht zum Schaden der Kollegen. Ein Passus sollte noch eingeführt werden, die Kollegen sollten beim Auflösen des Arbeitsverhältnisses ein Arbeitsbuch ausgestellt erhalten, worin die Leistungsfähigkeit des betreffenden Kollegen vermerkt werden sollte und auch, warum der Kollege aufgehört hätte. Dieses war für die Kommission unannehmbar und der Gauleiter erklärte energisch, falls sie derartige einführen wollten, dann hätten die weiteren Verhandlungen für uns keinen Zweck mehr, worauf sie dann auch davon abzließen. Die Unternehmer erklärten, eine Lohnzulage nicht gewähren zu können, alles Reden hin und her nütze nichts, sie gingen nicht drauf ein. Ja sie meinten, es müßten sogar Reduzierungen stattfinden. Nach dieser Erklärung blieb uns nichts andres übrig, als wie die Unternehmer an den Berliner Schiedsspruch festzunageln. Hierauf machte der Herr Schmiedehaus die Unternehmer nochmals auf den Schiedsspruch aufmerksam, worauf sie sich dann zurückzogen und dann auch die alten Löhne wieder genehmigt wurden. Wir konnten leider keine weiteren Verbesserungen herauskauen. Die Versammlung am 16. Mai nahm nun den abgeschlossenen Tarif an. Kollegen, man sieht auch hier wieder, daß die Unternehmer es verstehen, sich zu organisieren. Das muß für uns ein Ansporn sein, damit auch der letzte Mann dem Verbandszugeführt wird.

Görlitz. Wir können von hier nur Trauriges berichten. Die Versammlungen sind immer schlechter besucht. Die Debatten sind meist persönlicher Natur, desgleichen sind die Kollegen gar nicht im geringsten bemüht, für den Verband agitatorisch tätig zu sein. Der Tarif wird ungenügend durchgeführt, so daß die Unternehmer nach Belieben schalten und walten können. In

begang auf die Bundesratsverordnung herrschen geradezu traurige Zustände. Sechs bis sieben Wochen vergehen, ehe man die Stuben ausräumt. In nächster Zeit kommt unser Gauleiter. Hoffentlich ist die Versammlung gut besucht. Es müssen hier bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Hamburg II. Unser Streik, welcher am 1. April begann, ist nun nach einer sechswöchigen Dauer am 12. Mai durch eine Vergleichsverhandlung beendet worden. Es dürfte sich nun der Höhe Lohnen, in großen Zügen nochmals den ganzen Werdegang unserer Bewegung hier anzuführen. Unser früherer Tarif betrug in den Hauptpunkten neunstündige Arbeitszeit, für Marmorhauer 65 Pfg. und für Schleifer 55 Pfg. Stundenlohn. Die arbeitsrechtlichen Verhältnisse zwangen uns nun, diesen Tarif zu verbessern. Wir beantragten nun 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 10 Pfennig Lohnhöhung. Am 7. Januar reichten wir diesen Tarifentwurf ein, und am 7. März bekamen wir das erste Antwortschreiben der Meister, in welchem alles abgelehnt wurde. Die am 31. März stattgefundenen Mitgliederversammlung beschloß dann einstimmig, am 1. April die Arbeit einzustellen. Jetzt ging der Kampf in aller Schärfe los. Die Steinmeißler standen genau wie wir in Lohnbewegung. Nun kommt der Moment, welcher unsern Kampf in eine neue Bahn hineinbrachte. Die Hamburger Steinmeißler sind als Innungsfachabteilung der „Bauhütte“ angeschlossen; die Inhaber der Marmorergeschäfte sind in dem Verband der Marmorergeschäfte organisiert; außerdem sind beide Berufsgruppen der „Reinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe“ angeschlossen. Also, geben wir es zu, unsere Hamburger Arbeitgeber sind gut organisiert. Die Arbeitgeber wandten sich an die Zentralleitung — in Leipzig, um Schlichtung herbeizuführen. Auch dies war ein neuer Weg, den man früher nie gegangen, und wenn er bei früheren Kämpfen von unserer Zentralleitung vorgeschlagen wurde, dann wurde er von den Arbeitgebern meistens abgelehnt. Der Zentralvorstand gab diesem Ersuchen statt und er beauftragte unsern Gauleiter Biewig, nach Hamburg zu fahren. Am 18. April fand dann wieder eine gemeinschaftliche Sitzung statt. Von Seiten der Arbeitgeber waren als Vertreter der oben genannten Vereinigung Maurermeister W. Lummert, Töpfermeister Krüger, Malermeister Hansen und noch einige andre Herren, Steinmeißler Reimer und Schönfeld anwesend. Unserseits war Gauleiter Biewig und die beiden Lohnkommissionen anwesend. Nur Herr Krüger machte den Vorschlag, daß nochmals eine engere Sitzung zwischen den am Streik beteiligten Parteien stattfinden möge. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Am 23. April fand dann diese Sitzung statt. Aber auch diesmal wurden seitens der Arbeitgeber keine Zugeständnisse gemacht. Wir reduzierten unsere Forderung noch um einige Pfennige, aber auch dieses Angebot wurde abgelehnt.

Was nun tun? Die Baukonjunktur für unsern Beruf ist eine gute, wir kämpfen weiter. Nun kommt ein neuer Umstand hinzu. Die Mauersteinabläder traten in den Streik und die Bauhilfsarbeiter verhängten einige Sperren. Am 7. Mai fand die Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine, Betriebe usw. an sämtliche am Baugewerbe beteiligten Arbeitnehmerorganisationen eine Resolution, unterzeichnet der geschäftsführende Ausschuß W. Lummert. Der Hauptinhalt lautet wörtlich: „Daß am Mittwoch, den 13. Mai, mit Schluß der Tagesarbeit die Stilllegung der sämtlichen Baubetriebe und Spezialgewerbe in Hamburg und Altona, die unsere Vereinigung angeschlossen sind, eintritt, wenn bis zum Ablauf dieser Frist die Arbeit von allen vorgenannten Arbeiterkategorien nicht wieder aufgenommen ist und die verhängten Betriebsperren bis dahin nicht aufgehoben sind.“

Für die streikenden Gruppen lag noch ein Begehrtschreiben bei, in welchem wir ersucht wurden, bis spätestens Dienstag, den 12. Mai, mittags 12 Uhr, ihnen eine Erklärung über unsere Stellung zu ihrer Resolution zugehen zu lassen. Also der große Kampf, welcher in Berlin und anderen Orten durch Vergleichsverhandlungen vermieden war, sollte hier beginnen. In Anbetracht dieser neuen Situation fanden dann Beratungen zwischen den hieran beteiligten Vorständen statt, auch Kollege Paul Starke nahm daran teil. Die Mauersteinabläder, sowie die Bauhilfsarbeiter einigten sich nun mit den Meistern. In unsern Reihen war nach wie vor eine begeisterte Stimmung und die volle Kraft vorhanden, den Kampf ungeschwächt weiterzuführen, welches auch geschehen wäre, wenn nicht der Umstand hinzugekommen wäre, daß wegen unsern rund 200 Mann 6—7000 Arbeiter, Familienväter, ausgesperrt werden sollten. In Anbetracht dieser schweren Folge haben wir das Solidaritätsgefühl höher stellen müssen, als die eignen Interessen. Am 11. Mai fand dann eine gemeinschaftliche Sitzung statt, sämtliche Arbeitgeber waren vertreten, unsererseits die Kollegen Starke und Biewig, sowie die beiden Lohnkommissionen. Den Vorsitz führte Herr Reimer. Hier kam nun folgender Vergleich zustande: Für Dauer 5 Pfg. pro Stunde, für Schleifer 3 Pfg. pro Stunde Zulage, dies bedeutet jetzt für Marmorhauer pro Stunde 70 Pfg., für Schleifer 58 Pfg. Dauer dieses Tarifs bis 31. März 1910. In der am Dienstag stattgefundenen Versammlung wurden diese Zugeständnisse anerkannt. Die Arbeit wurde am Donnerstag wieder aufgenommen, jedoch blieben noch viele Kollegen arbeitslos, da infolge des Streiks eine Betriebsstörung eingetreten.

(Wir ersuchen zukünftig, das Veröffentlichen nicht so lange hinauszuschieben. Weiter sind die Hamburger Berichte immer auf recht schmalen Papierstreifen geschrieben, es ist kaum eine Korrektur anzubringen. Warum mit dem Papier knauserig sein und dadurch dem Redakteur und Seher die Arbeit ungemein erschweren? Auch die Schrift kann in Zukunft deutlicher sein. Vorstehendes gilt auch für andre Schriftführer. Redaktion.)

Hemsbach. Am 10. Mai fand in Ober-Mödenbach eine Steinarbeiterversammlung statt. Der Besuch war ein ziemlich guter. Als Referent war Genosse Perini aus Mannheim erschienen, als Versammlungsleiter fungierte Kollege Weidenhammer-Hemsbach. Das Referat des italienischen Genossen muß ein gut wirkendes gewesen sein, denn an der Aufmerksamkeit der italienischen Kollegen konnte man sehen, daß sie die Ausführungen mit Freuden aufnahmen. Es hatte zugleich auch eine schöne Wirkung für uns Deutsche, denn es traten sofort sechs Kollegen dem Verbande bei. Auch in Sulzbach fand dann eine Versammlung statt. Genosse Perini hatte daselbst das Referat wieder übernommen. Auch hier sollten die anwesenden Kollegen dem Referenten großen Beifall nach Beendigung seines Referats. Es erklärten auch hier wieder sieben Kollegen ihren Beitritt. Nun, Kollegen von Hemsbach, müßt auch Ihr eure Pflicht erfüllen und euren Vorständen bei diesen Agitationstouren etwas unterstützen; denn es sind immerhin noch 25 bis 30 italienische Kollegen in unserm Zahlstellenbezirk beschäftigt, die uns noch fernstehen.

Herbese. Die Kollegen hielten am 17. Mai im Lokale des Herrn August Nehm eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über den Verbandstag; 2. Wahl eines ersten Vorstehenden; 3. Verschiedenes. Ueber den 1. Punkt referierte Kollege Guster-Dortmund. Er legte in sachlicher Ausführung den Hergang des Verbandstags dar. Mit großem Interesse wurden seine lehrreichen Ausführungen entgegengenommen. Als erster Vorstehender wurde Kollege Schmitz gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde kritisiert, daß die Bundesratsverordnung nicht richtig eingehalten wird. Auch kam zur Sprache, daß bei der Firma Kaufsch 10 Stunden gearbeitet wird. Es wurde beschlossen, die nötigen Schritte zu tun.

Mannheim. Die Kollegen von Mannheim sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen die Unterschritt des Bezirks mündlich anerkannten Lohns. Ein Kampf ist nicht ausgeschlossen. Die Marmorarbeiter sind ebenfalls in Unter-

handlungen eingetreten. Es muß alles aufgegeben werden, daß in Mannheim ein Tarif zum Abschluß kommt. Auf mündliche Abmachungen kann man sich heute unmöglich mehr einlassen. Die hiesigen Steinarbeiter lassen sich nicht mehr hinhalten, denn die Konjunktur ist eine sehr günstige.

Mannheim. Am 16. Mai tagte im Lokal zur Volkstimme eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung, welche sehr gut besucht war. Da es die Unternehmer überhaupt nicht für notwendig befinden, uns eine Antwort zugehen zu lassen, und uns nur ein Meißler ein ungenügendes Schreiben zusandte, welches die Lohnkommission verlas, war nun doch die Geduld der Kollegen zu Ende, so daß nach langer Debatte folgende Resolution mit großer Majorität angenommen wurde: „Die am 16. Mai im Lokal Volkstimme tagende zahlreich besuchte Steinarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß nur eine einzige Firma eine Antwort gegeben hat. Die Versammelten erklären, sich nicht mehr länger am Narrenseil herumzuführen zu lassen und beschließen, am Montag, früh, den 18. Mai, die Arbeit einzustellen, um den Meistern zu zeigen, daß es den Arbeitern ernst ist mit ihrer Forderung, den alten am 31. März 08 abgelaufenen Tarifvertrag wieder regelrecht aufs neue und auf genau bestimmte Zeit abzuschließen. Die Versammelten erklären, treu im Kampfe auszuhalten und ruhig und besonnen ihre Pflicht als organisierte Arbeiter zu tun.“ Mit einem warmen Appell, welchen unser Gauleiter Kollege Sarfert an die Versammelten richtete, daß ein jeder Kollege seine Pflicht erfüllen soll, damit der Kampf, der uns von den Unternehmern aufgegeben ist, auch sachlich bis zu Ende geführt wird, wurde die Versammlung geschlossen.

Metten. Am 10. Mai fand im Grabmeierschen Saale eine demonstrativ besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Es war eine Protestversammlung gegen die ungeheuren Lohnreduzierungen, welche den Mettener Steinarbeitern von den Unternehmern zugemutet wurden. Imponierend war es, wie die nahen Ebenstettener Kollegen in geschlossenen Kolonnen anmarschiert kamen. Es muß konstatiert werden, daß auch die große Mehrzahl der Bürgerschaft bei der Versammlung anwesend war und einmütig das Anfeinden und Verhalten der Unternehmer verurteilte. Gauleiter Mittenmeier referierte in zweistündiger Rede über den gegenwärtigen Stand der Tarifunterhandlungen in Plattling. Scharf geißelte Redner die Taktik der Unternehmer bei der diesjährigen Lohnbewegung. Schon am 24. Juli vorigen Jahres liehen die Unternehmer durchblicken, daß der kaum abgeschlossene Tarifvertrag auch wieder gekündigt werden sollte; sie wünschten einen Einheitsstarif für den ganzen bayerischen Wald, um die Schmutzkonzurrenz zu beseitigen. Am 14. Januar wurden nun im Auftrage des Verbandes der Granitindustriellen die Tarife für Büchlberg und Tittling gekündigt. Eigentümlich habe es Redner berührt, daß auch gleichzeitig mit der Kündigung der Tarife die Führer der Organisation in den Zahlstellen Tittling und Ebenstetten gemahnt wurden. Bierzehn Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist haben nun wieder neun kleinere Unternehmer die Tarifkündigung eingereicht. Am 24. März sollten nun die Unterhandlungen mit den Unternehmern in Passau stattfinden zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages für Büchlberg und Tittling. Herr Kerber habe damals erklärt, es sollten nicht große Veränderungen vorgenommen werden, nur der alte Vertrag sei besser auszubauen. Redner habe sich nun auch erlaubt, die Forderungen der Arbeitnehmer den Herren zu unterbreiten, und ihnen einen Tarifentwurf mit Glieder- und Flächenberechnung vorgelegt. Herr Kerber sowie Herr Alder mußten rüchellos anerkennen, daß ihnen ein Stück fleißiger Arbeit hier vorliege. Sie wollten Einsicht nehmen und die Vorlage einer eingehenden Prüfung unterziehen. Die Unterhandlungen wurden auf den 22. April in Plattling festgesetzt. Gleichzeitig wurde auch ein Vertrag abgeschlossen, die alten Bedingungen bis dahin weiter aufrechtzuerhalten. Es dürfen während dieser Zeit Ausperrungen, Maßregelungen sowie Streiks- und Abwanderungen nicht vorkommen. Einige Unternehmer nahmen aber trotzdem Entlassungen vor. Redner wendet sich scharf gegen diese Taktik der Unternehmer. Diese stehe einzig da in ganz Deutschland; doch die heutige Versammlung gebe ihm die Gewähr, diese Machtgelnste gebührend in ihre Schranken zu weisen. Am 17. April, also fünf Tage vor dem Beginn der Unterhandlungen wurde ihm von dem 2. Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes noch ein Bezirks-Spezialtarif zugestellt, welcher besonders für Metten und Ebenstetten bedeutende Lohnreduzierungen enthält. Er habe sofort die größten Differenzen festgestellt, doch Schönmann erklärte kategorisch, Verschlechterungen seien darin nicht enthalten. Inzwischen habe sich nun Redner der Mühe unterzogen, eine Tabelle auszuarbeiten, welche einwandfrei feststellt, daß diese Lohnreduzierungen unannehmbar seien. Er ersuche die Kollegen, das Vertrauen auch in Zukunft, wie bisher, ihm und der Lohnkommission zu schenken; sie würden alles tun, was in ihren Kräften stehe, um auch dieses Mal die Sache erfolgreich durchzuführen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die ganze Bürgerschaft zollt den hiesigen Steinarbeitern Anerkennung, weil sie so sachlich, aber doch mit aller Energie gegen die Verschlechterungen Front machen. Ein Meister meinte: „Wenn wir unsern reduzierten Tarif durchdrücken können, dann ist das uns (den Meistern) sehr angenehm. Der Versuch muß eben gemacht werden.“ Diese Auffassung beleuchtet die ganze Situation im hellsten Lichte. Begrüßt wurde es ferner, daß die Verbandsleitung zu den zweimaligen Verhandlungen einen Vertreter entsandte.

Striegau. Hier tagte am 10. Mai eine gutbesuchte Bezirksversammlung, in welcher Genosse Neufirk-Breslau ein instruktives Referat über die Unfallversicherung hielt. Redner erntete für seine leicht faßlichen Ausführungen lebhaften Beifall. Kollege Lohse besprach hierauf die Massenentlassungen im hiesigen Gebiet und die Versammlung wünschte, um diesen vorzubeugen, mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten, um die Arbeitszeit zu verkürzen. Bei dieser Gelegenheit kritisierten mehrere Kollegen das Verhalten des bekannten Werkmeisters Leber, dem die Organisation sehr im Wege liegt, obwohl er früher selbst an der Spitze unserer Bewegung gestanden hat. Stürmische Entrüstung kam in die bis dahin so sachlich verlaufene Versammlung, als Kollege Lohse folgende Stelle aus der Begründung eines Urteils, das einem Steinarbeiter zugestellt wurde verlas: „Die hiesige Steinarbeiterbevölkerung sucht an Ruhe und Gemeinheit des Benehmens ihresgleichen. Es ist kaum möglich, auf der Straße an Steinarbeitern vorbei zu gehen, ohne daß man von ihnen angempelt wird oder ein gemeines Schimpfwort nachgerufen bekommt. Wöchentliche Schlägereien rohester Art sind etwas selbstverständliches und es vergeht kaum eine Sitzung des Striegauer Schöffengerichts, in der nicht mehrere Fälle von schwerer Körperverletzung zur Anklage stehen.“ Eine derartige Veleidigung der ganzen hiesigen Steinarbeiterbevölkerung ist allerdings unerhört. Zum Schluß forderte Genosse Neufirk noch auf, daß ein jeder auch bei der bevorstehenden Landtagswahl seinen Mann stellen möge.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Gauleiterankündigung betr.

Für das Fichtelgebirge und den bayerischen Wald wird laut Kasseler Verbandstagsbeschlusses ein besoldeter Gauleiter angestellt. Wir schreiben hiermit diese Stellung zur allgemeinen Werbung aus. Das Gehalt richtet sich nach dem Beschlusse des Verbandstags in Kassel. Von dem Angestellten wird ver-

langt, daß er rednerisch befähigt und in schriftlicher Beziehung gewandt ist. Der Gauleiter muß die Bücher in den Zahlstellen jederzeit gründlich revidieren können. Die Tätigkeit des Gauleiters bringt es mit sich, daß er in der Gewerbetätigkeit und der sozialpolitischen Gesetzgebung bewandert sein muß, um den Verbandsmitgliedern gegenüber jederzeit belehrend zur Seite zu stehen. Auch im Tarifwesen muß der Anzustellende eingehende Kenntnisse besitzen. Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 26. Mai an den Zentralvorstand einzusenden. Desgleichen hat jeder Bewerber ebenfalls sein Mitgliedsbuch einzuschicken.

Der Vorstand ersucht zum wiederholtenmal, daß bei allen Anträgen auf Maßregelungs-, Umzugs- und Koststandsunterstützung, sowie Rechtschutz, unter allen Umständen das Mitgliedsbuch resp. Interimskarte des Nachsuchenden mit eingesandt werden muß. Die Anträge, bei denen diesem nicht nachgekommen wird, werden nicht berücksichtigt. Ferner müssen diese Anträge eingehend begründet und von der gesamten Ortsverwaltung unterschrieben sein.

Trotz der Bekanntmachung in Nr. 20 haben folgende Orte den Fragebogen noch nicht eingesandt. Hoffentlich genügt die abermalige Bekanntmachung, um den örtlichen Vorstand an seine Pflicht zu erinnern. Es fehlen die Fragebogen:

1. Gau von Potsdam, Rostock,
2. Gau von Breslau I,
3. Gau von Meissen I, Postsa, Riesa,
4. Gau von Gotha, Seeborgen,
5. Gau von Ebersdorf, Eschershausen, Osabrüch,
6. Gau von Gießen, M.-Glabbach, Rütten,
7. Gau von Dürkheim, Landau, Neustadt a. d. S.,
8. Gau von Tübingen, Landau, Neustadt a. d. S.,
9. Gau von Konstanz, Lahr, Weinsberg,
10. Gau von Kiefernfelden,
11. Gau von Würdingen, Nürnberg, Regensburg, Tittling,
12. Gau von Marktleuthen.

Es sind hier Zahlstellen bezeichnet, deren Verwaltungen stets kritisch beanlagt sind, wenn dieses oder jenes nicht so geht. Die Fragebogen sind sehr notwendig. Das Ergebnis derselben ist für das reichsstatistische Amt in Berlin bestimmt. Wir ersuchen nochmals um recht baldige Einsendung.

Aus folgenden 66 Zahlstellen sind bis jetzt die Abrechnungen vom 1. Quartal noch nicht eingesandt:

1. Gau: Danzig.
2. Gau: Breslau I, Herischdorf, Mittelsteine.
3. Gau: Dresden, Gäßlich.
4. Gau: Alzeben, Weicha, Dessau, Dröbzig, Raumburg, Nebra.
5. Gau: Seeborgen.
6. Gau: Bremen, Einbeck, Eschershausen, Görtel, Hoop, Kassel, Oberbillingshausen, Osterwald, Reiffenhausen, Weyen.
7. Gau: Beuel, Bonn, Dortmund, Duisburg, Gießen, Koblenz, Marburg, Mühlheim, Sprockhöbel, Xrier, Witzes.
8. Gau: Altenglan, Bensheim, Gelnhausen, Hochspeier, Heubach, Mörsfeld, Odenbach, Odenheim, Otterberg, Schopp, Zweibrücken, Zwingenberg.
9. Gau: Alpirsbach, Baden-Baden, Gebweiler, Karlsruhe, Leonbronn, Oshenbach, Oshenburg, Weinsberg, Zäijersweilher.
10. Gau: Eichenbühl, Gohmannsdorf, Langensfeld, Reiffenhausen, Rothenburg, Tittling, Treuchlingen, Walldürn, Wörth.
11. Gau: Marktleuthen, Neuforg.
12. Gau: Marktleuthen, Neuforg.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, ihren Pflichten baldmöglichst nachzukommen.

Ausgeschlossen wurden laut Statut § 3, Absatz 5, die Steinmeißler Paul Hubler (Buch-Nr. 3836) und Bruno Kahn, beide zurzeit in Oldenburg.

Famöser Betrug.

Folgende sensationelle Nachricht machte am 14. Mai die Runde durch die Mannheimer Lokalpresse:

Durchstechereien.

„Bei dem Bau der Kunsthalle sind, wie jetzt festgestellt worden ist, Durchstechereien im großen Maßstabe vorgefallen. Die Kunsthalle ist bekanntlich nach den Entwürfen von Professor Billing-Karlsruhe erbaut. Herr Billing war auch die Ausführung des Baues übertragen worden. Doch leitete er die Ausführung selbst, sondern übertrug dieselbe dem Baumeister Karl Henz. Die Durchstechereien, um die es sich hier handelt, sind bei der Lieferung der Gaussteine vorgekommen. Lieferant war Steinmeißler Jvo Henz (Friedrichsplatz 19). Schon vor längerer Zeit war das Gerücht verbreitet, daß die Gaussteine dünner geliefert wurden als sie ausbedungen und bezahlt worden seien. Es wurden nun „Stichproben“ gemacht, d. h. es wurden an der Fassadenmauer Stellen ausgebrochen, um die Stärke der Gaussteine festzustellen. Diese Untersuchung ergab, daß tatsächlich Steine von geringerer Stärke als vorgefrieben, geliefert und verwendet worden waren. Die Sache wurde hierauf der Staatsanwaltschaft übergeben, die die Verhaftung Henzs anordnete. Eine Hausdurchsuchung fand auch bei dem früheren Geschäftsteilhaber Henchs, dem Steinbruchbesitzer Hüttig in Wilttenberg bei Wertheim, statt. Die gesamte, auf die Lieferungen bezügliche Korrespondenz wurde beschlagnahmt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, doch wird heute schon der Schaden, der der Stadt zugefügt worden ist, auf 20 000 Mark geschätzt. Der bauleitende Architekt, Herr Henz — ein Sohn des früheren Stadtrats Henz — ist bis jetzt nicht verhaftet. Ob die Untersuchung Anhaltspunkte dafür ergibt, daß die Lieferung schwächerer Steine im Einverständnis mit Herrn Henz erfolgte, muß abgewartet werden.“

Zu bemerken ist noch, daß, wie uns mitgeteilt wird, die Organe der städtischen Bauverwaltung mit der Bauaufsicht selbst nichts zu tun hatten.“

Dieser Notiz folgte am 16. Mai eine amtliche Bekanntmachung, nachdem tags vorher die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion eine Interpellation in dieser Sache in Aussicht stellte. Das amtliche Bulletin lautet:

„Gelegentlich der Verhandlungen über eine Ausstellungsangelegenheit erhielt das Bürgermeisteramt vom Geschäftsführer des Steinbruchbesizers Hüttig die Mitteilung, letzterer habe in Erfahrung gebracht, daß Steinbauermeister Jvo Hench beim Kunsthallebau 1604 Kubikmeter Steine in Anrechnung gebracht, während tatsächlich nur 1361 Kubikmeter geliefert worden seien, somit zu Lasten der Stadtgemeinde ein Betrag in Höhe von 24 300 Mark verliert worden sei. Der Anzeiger wurde aufgefördert, die Beweise für seine Behauptungen zu erbringen, worauf er verschiedene, auf die Angelegenheit bezügliche Schriftstücke vorlegte.“

Es wurde hierauf eine eingehende Prüfung sämtlicher vorgelegten Belege und Rechnungen angeordnet. Die von der städtischen technischen Revision sowie vom Hochbauamt angestellten Prüfungen und die vom letzteren am Baumaterial vorgenommenen Stichproben haben ergeben, daß die von Hüttig gemachten Angaben im allgemeinen zutreffen, wenn auch, da das Material nicht vollständig war, alle Punkte nicht nachgeprüft werden konnten und der der Stadtgemeinde erwachsene Schaden daher ziffernmäßig noch nicht feststeht. Er wird vorläufig auf 22 565 Mark angegeben.“

Die Stadtgemeinde ist durch verschiedene dem Steinbauermeister Hench gegen sie zustehende Forderungen im Betrage von

21 150 Mark gedeckt. Inwiefern die Bauleitung wegen mangelnder Aufsicht und Geschäftsführung ein Mitschuldigen an dem verübten Betrug trifft, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Wir haben uns vorläufig nicht darum zu kümmern, ob Gensch allein die Betrügereien machte, oder ob er mit Hilfe eines Komplizen diesen Schwindel vollbringen konnte. Unwillkürlich aber haben wir zu fragen: Könnte denn das alles dem Oberbauarbeiter, der 14 000 Mark Gehalt hat, konnte alles das dem ganzen Stab von Technikern entgehen? Jeder simple Arbeiter hätte beim Besehen der Steine gefunden, daß die Maße nach der Mauerstärke ungenügend sind, während die Herren Bauarbeiter mit den Plänen anscheinend an Kurzsichtigkeit litten, denn sonst hätte ein so dummdrehter Schwindel absolut nicht vorkommen können. Aber nicht allein der Betrug des Gensch und seiner eventuellen Komplizen ist in den Geschäftskreisen der Erörterung zu stellen, man hat auch zu berücksichtigen, daß der Architekt, der den Entwurf zum Bau lieferte, seine ganzen statischen Berechnungen, soweit Haussteine in Frage kommen, auf die stärkeren Werkstücke aufbaute. Jeder Fachmann muß zugeben, daß, indem die Blenden an Stelle der tiefgehenden Werkstücke gesetzt wurden, die Wohnsicherheit des Gebäudes sehr gefährdet werden kann. Soffentlich waren, um die Blamage zu erhöhen, all die bauaufsichtführenden Personen auch dementprechend staatlich geprüft.

Ein Kollege aus Mannheim schreibt uns hierzu noch: „Wenn in Mannheim ein größeres öffentliches Gebäude zu vergeben ist, dann erhält die Arbeiten irgendein Generalunternehmer mit höchstehendem Namen. Dieser hat dann alle Arbeiten zu vergeben. So kommt es, daß sich erst immer drei bis vier Arbeitgeber in der Bausumme die Hände waschen, bevor die Arbeit ausgeführt wird. Die Steinarbeiter müssen schließlich noch einen ganz beträchtlichen Teil der Kosten tragen, indem bei der Zahlungsart nach Kubikmetern der Steinmetz hauptsächlich an starken Dimensionen interessiert ist. Darum werden wir geprellt, wenn anstatt Quadern von 52 Zentimeter Mauerstärke nur Blenden von 12 Zentimeter angefertigt werden. Verlangen dann die Arbeiter einen höheren Kubikmeterpreis, dann jammert der Unternehmer: „Ich verdiene nichts.“ Unternehmer, die sich 20 000 bis 25 000 Mark an einem einzigen Bau ergaunert haben, besitzen noch die Freiheit, uns den Lohnvertrag zu kündigen und uns zu dem jetzt tobenden Kampf (Streik der Steinarbeiter Mannheims) zu zwingen. Die bürgerliche Gesellschaft zeteret und schreit wohl über die obige Affäre, im übrigen spielt sie aber die Rolle des bekannten Greises auf dem Dache, der sich nicht zu helfen weiß. Wenn dann die sozialdemokratische Fraktion im Kollegium bei der nächsten Gelegenheit ihre alte Forderung: Kommunalbauten in eigener Regie auszuführen, aufs neue stellt, dann stimmt der ganze Knuddelmuddel dagegen. Das System ist ja auch so schön und gut, man darf sich nur nicht erwischen lassen.“

Literarisches.

Proletarierkrankheit und Kranke Proletarier. Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas. Verlag: Buchhandlung Volksstimme Frankfurt a. M. Preis 20 Pfg.

Ein originelles und lehrreiches Schriftchen eines lungenkranken Arbeiters, der versucht, vom proletarischen Gesichtspunkt aus einen Einblick in die Entstehung der Tuberkulose zu geben. Dabei schildert er Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, die Lebensmittel, das Gebaren von Ärzten und Krankenschwestern, die Verhältnisse in Heilanstalten, die ungenügenden sozialen Einrichtungen in Familie, Staat und Gemeinde. Er bespricht das segensreiche Wirken von Partei und Gewerkschaft zur Hebung der Volksgesundheit. Alles in allem eine Fundgrube reichhaltigen Materials. Das Schriftchen ist von Genossen Dr. Quard mit einigen Begleitworten versehen und verdient weiteste Verbreitung.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Blagwitz. Ersuche die Ortsverwaltungen, den Kollegen Kaspar Peregrin, Steinbrecher, geb. am 14. September 1868 in Seibersdorf (Böhmen), Buch-Nr. 45658, Wenzel Sumprecht, geb. am 3. Januar 1888 in Knappendorf (Interimskarte Nr. 2298), Rudolf Freudel, geb. am 30. Nov. 1881 in Seibersdorf (Interimskarte Nr. 2291) und Eduard Freudel, geb. am 1. Juli 1876 in Seibersdorf (Interimskarte Nr. 46709) keine neuen Bücher bezw. Karten auszustellen. Dieselben sind abgereicht und haben ihre Bücher wie Karten in größter Unordnung zurückgelassen. Georg Eisenhauer, Kassierer.

Bunsiedel. Der Steinarbeiter Joseph Hermann, geb. am 28. Mai 1875 in Runding, hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen. Es ist ihm kein neues Buch auszustellen. Der Ortskassierer.

Stippstadt. In raffiniertester Weise schädigte der Steinmetz Willy Piepenburg, geb. in Sagan (Schlesien), das Gewerkschaftskartell in Stippstadt. Piepenburg erschwand sich einen Logischchein für Mittag, Abendbrot und Schlafen, schickte aber diesen Schein und machte aus der Zahl 1 eine 2. Nun stellte sich weiter heraus, daß B. diese Manipulation schon zweimal in Stippstadt gemacht hat. Also Vertrauensleute allerorts, seid vor diesem Individuum gewarnt.

Wittenberg. Der Steinmetz Hermann Grüttner hat hier sein Buch liegen lassen. Es soll ihm kein neues ausgestellt werden. Albin Dyß, Vorsitzender.

Oldenburg. Das Mitglied Friedrich Lorenz, geboren am 22. September 1889 in Goldberg, hat seine Interimskarte hier vergessen. Ersuche die Ortsverwaltungen, Lorenz darauf aufmerksam zu machen.

Berlin II. Alle Kollegen, welche den Steinarbeiter bisher mit der Post nicht zugestellt erhielten, sowie diejenigen, welche am 1. Juli verziehen resp. nach dem 1. April verzogen sind und dieses noch nicht mitgeteilt haben, müssen ihre alte und neue Adresse bis spätestens 1. Juni an Unterzeichneten einsenden. Später eingehende Adressen können nicht mehr berücksichtigt werden. Willy Domann, Berlin N. 58, Schliemannstr. 28.

Flöha. Ausgeschlossen aus dem Verbands wurde der Steinmetz Franz Sailer.

Lübeck. Alle zurücksendenden Kollegen werden ersucht, bevor sie um Arbeit nachfragen, sich beim Vorstand zu melden. — Die Herberge befindet sich jetzt Hundestraße 101. Die Ortsverwaltung.

Mühlhausen (Hoch.) Das Verkehrslokal ist von jetzt ab: Wirtschaft Ehlinger, Bäckerstraße. — Zurücksendende Kollegen haben, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich bei Unterzeichnetem zu melden. L. Wolf, Kassierer, Friedhofstraße 76.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. Mai.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Regenborn, B. 247.—; Göttingen, B. 92.—, K. 11.—; Eisenach, B. 177.10; Danzig, B. 23.—, K. 1.50, X. 4.50; Düsseldorf I, B. 92.—, K. 9.50; Bielefeld, B. 105.80, E. 2.—, K. 17.20, M. 2.50; Alt-Warthau II, B. 41.40, K. 11.60; Altenburg, B. 15.80; Burgsteinfurt, B. 4.95; Stade, B. 18.65; Ronitz (Ganger), B. 4.95 (Wollermann), 4.40; Dannenberg, B. 5.80; Lilgenkloster, B. 5.90; Rotenburg (S.), B. 8.95; Lorgau, B. 4.95; Stendal, B. 4.50; Brüx, Ab. 0.90; St. Johann, Ins. 4.10; Leipzig (Johann u. Sohn), Ins. 1.80; Rendsburg, Ins. 2.—; Annaberg, B. 37.82, E. 0.25, K. 2.—; Ebelsbach, B. 42.—, K. 10.—; Freudenstein, B. 3.42; Seiffen, 23.08; Brüggel, B. 69.—; Madeweller, B. 61.04, E. 6.50, K. 24.20, M. 1.20; Unsen, K. 20.—; Wulsdorf, B. 92.—, K. 1.90, X. 3.—;

Wolfsbagen, B. 42.—, K. 2.25; Wehlar, B. 184.—; Offenburg, B. 126.—, E. 3.50, K. 20.—; Halle, B. 95.22; Frankfurt a. O., B. 92.—, K. 5.—; Javelberg, B. 10.—; Aßen, B. 6.10; Dorna, B. 2.15; Fretberg, B. 4.95; Heide, B. 2.90; Unna, B. 4.95; Birshausen, Ins. 1.80; Oiberrhau, B. 19.40; Halberstadt, B. 69.—; Friedenhäuser, B. 46.—; Radolfzell, B. 73.60, K. 10.90, X. 1.—; Witten, B. 69.—, K. 1.—; Derbingen, B. 190.—, E. 1.—, K. 10.—, M. 0.20, X. 0.50; Blaubeurg, B. 546.42, E. 15.—, K. 34.—, X. 2.—; Werbau, B. 1.20; Siegnitz, B. 4.50; Börsned, Ins. 4.20; Berlinchen, B. 5.60; Sattelbach, B. 1.68, K. 3.50.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Flöha. Vor.: Johann Wagner, Floßburger Straße.

Radolfzell. Vor.: S. Hermann, Böhringen, Station Radolfshausen.

Rödingen. Vor.: Hans Moll, Huttergasse B. 126. Raff.: Fritz Göggelein, Herrergasse B. 34.

Herdecke. Vor.: Kollege Schmitz, Dortmund Straße 108.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Zahlstelle - Strehlen (Schlesien.)

Zu dem am 24. Mai stattfindenden

Ausfluge nach dem Rummelsberge

werden sämtliche Steinarbeiter von Strehlen, Niedersdorf, Gorkau, Guffhues, Seppersdorf, Krummendorf und Kiegersdorf mit ihren Frauen eingeladen.

Der Ausmarsch erfolgt vormittags 11 Uhr vom Vereinslokal (Herden) unter Mitführung von Musik durch die Stadt.

Um zahlreiche und pünktliche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Umfassende Kenntnisse

auf allen Gebieten des Hoch- u. Tiefbauwesens u. Stukkateur- und Steinmetzberufes erlangt man durch das Studium der Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Ansichtssend. über jedes einzelne Unterrichtsfach. Prospekte u. Anerkennungs-schreiben gratis und franko.

Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Albert Baumann

Werkzeug-Fabrik

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende

gratis.

Lieferung sofort!

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Jadett, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6

Wartelsstraße 101.

Reisekörbe

kauft man direkt von der Fabrik

Julius Trethar in Grimma 627.

Länge cm.	40	50	60	70	80	90	100
Mark	3.80	4.60	6.—	7.50	9.50	11.50	14.—

Zur dauernden Uebersiedelung nach unserem neuerschlossenen Granitbruch in Laußnitz bei Königsbrück suchen wir zum sofortigen Eintritt

25 tüchtige Granitsteinmetzen

für saubere Bauarbeit,

15 tüchtige Steinbrecher

Stundenlohn 35—40 Pfg., eventuell auch Akkord, und

5 tüchtige Pflastersteinschläger

auf Kleinpflaster. — Dauernde Sommer- u. Winterarbeit garantiert.

Lohnsätze nach Tarif, der am 4. Mai 1908 mit allen organisierten Arbeitern abgeschlossen wurde und auf Wunsch zur Einsichtnahme zugestellt wird. — Alles Nähere durch

Granitwerk Schirgiswalde

Pötzsch & Schierz

Chemnitz i. Sa., Dorfstraße 72a.

Tüchtige Steinmetzen u. Schleifer

auf Marmor finden dauernde Beschäftigung.

Salzburger Marmorwerke

Parich bei Salzburg.

I Maschinen- und Handschleifer für Granit

I Maschinenschleifer für Marmor

(der bunten Sorten kitten und den Kitt machen kann)

I Steinmetz für Granit

I Steinmetz für Marmor

per sofort gesucht.

Lübecker Granit-Industrie Töbeck & Passarge.

Rangensfeld. Raff.: Kaspar Winkler, Neustadt a. d. Riß, Wilhelmstraße 75, I.

Briefkasten.

Jausbrud. Antwort wird abgelehnt. Du scheinst der Sorte von Kollegen anzugehören, die Verbandsfunktionäre mit Grobheiten traktieren zu können glauben. Ueberdies ist es in diesem Falle Sache des Bauleiters, die Angelegenheit mit zu erledigen. In Zukunft bringe etwas mehr im Zaume halten. — Offen. Der Bericht kostete 20 Pfg. Straporto. — **Schmalzladen.** Inserat abgelehnt. — **S.** Warum solche Verkäufte so spät einlinden? — **Kollegen,** die laut Inserat in dieser Nummer bei der Firma Bösch u. Schierz in Arbeit treten wollen, sind verpflichtet, sich zuvor mit unserem Vertrauensmann Ernst Deutshold in Königsbrück (Sachsen), Löffnermarkt 169, ins Einvernehmen zu setzen. Redaktion.

Mehrere Einwendungen mußten retourniert werden. Wir müssen dringendst erfragen, mit der Einwendung der Versammlungsberichte fixer zu sein.

Tüchtige Hand- und Maschinenschleifer

in dauernde Arbeit bei gutem Akkordlohn stellt sofort ein

Granitwerk Keil & Co.

Dresden-Neustadt, Leipziger Str. 31.

Suche für sofort

I tüchtigen Gehilfen

der Granit- und Marmorschiff hauen kann.

August Grawe

Greifenberg (Pommern.)

Tüchtige

Pflasterstein-Schläger und -Richter (Putzer)

für Lohnende Arbeit per sofort gesucht.

Syenit- und Granitwerke Gross-Diebrau i. Odenwald (Hessen.)

Werkzeugschmied

gesucht, der durchaus erfahren ist im Schärfen und Härten von Werkzeug auf schwedischen Granit. Dauernde Stellung.

R. Lanschke & Co., Einbeck.

Steinbrucharbeiter

die gefunden sind, einen Bruch im Akkord zu übernehmen, in welchem elektrische Kraft für Wasser und Krahn vorhanden ist, wollen sich umgehend wenden an die

Granit- und Syenitwerte Wilh. Boesfel

Selb (Fichtelgebirge).

Der Bruch ist 10 Minuten von der Stadt entfernt. — Fabrikation: Kieselsteine, Pflaster- und Mauersteine.

Steinmetzen und Steinschleifer

ebenfalls gesucht.

Suche sofort

3 tüchtige Steinmetzen

für längere Beschäftigung auf Grabdenkmäler (Sandstein.)

F. K. Krug verw. Sipp

Gundersheim (Rheinhausen.)

Tüchtigen Steinmetz

auf Grabdenkmalarbeiten, der auch Granitschrift hauen kann, sucht

E. Zimmormann, Steinmetzmeister

Straussberg b. Berlin.

Tüchtige Steinmetzen

auf Muschelkalkstein werden gesucht. Dauernde Beschäftigung und hoher Akkordlohn.

Muschelkalkbruch Wiershausen

Post Gundersheim. Harzer Steinbrüche.

Tüchtige Granitschleifer sowie Steinbauer

finden dauernde Beschäftigung bei gutem Akkordlohn.

P. Burger junior, Granit- und Syenit-Werke

St. Johann.

Tüchtige Steinbauer

bei guten Akkordlöhnen für dauernde Arbeit gesucht.

Granit- u. Syenitwerk Frohmann & Comp.

Reinheim (Hessen).

Jeder Steinmetz kann sich nebenbei durch Verkauf einiger guter Artikel höchsten Nebenverdienst schaffen. Adr. senden unt. 8320 an die Exp. d. Bl.

Gestorben.

In Alt-Warthau am 15. Mai der Kollege Jakob Schmitz, 81 Jahre alt, an der Brustkrankheit.

In Wausberg am 26. April der Kollege Stephan Beer, 60 Jahre alt, an einem Unfall. — Am 18. Mai der Kollege Karl Schönberger, 80 Jahre alt, an Blinddarmentzündung.

In Dresden am 4. Mai der Kollege Alfred Fiesel, 24 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben. — Am 17. Mai der Kollege Wenzel Stenup, 32 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Düsseldorf am 8. Mai der Kollege Theodor Wahlen, 81 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Bielefeld am 14. Mai der Kollege Erhard Burthardt, 34 Jahre alt, an Schlaganfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 21.

Sonnabend, den 23. Mai 1908.

12. Jahrgang

Aus dem bayrischen Gewerbeinspektionsbericht.

II.

Wie steifnackig mancher Steinmetzmeister gegen den unbedeutendsten Arbeiterchutz wettet, illustriert das Verhalten eines Schleifsteinbruchbesizers. Dieser gute Mann erklärte, daß für Steinbauer, die Schleifsteine herstellten, Arbeitsbuden nicht errichtet werden könnten. Diesen Unförmigkeit glaubt ihm natürlich die Behörde nicht und das Gericht verurteilte den Meister zu 10 Mk. Geldstrafe. Um seinen wohnlichen Standpunkt zu rechtfertigen, hatte der biedere Meister ein Gutachten der „hervorragendsten“ (!) Schleifsteinindustriellen Deutschlands beigebracht. Auch diese bekundeten, für genannte Arbeiten sind aus „technischen“ Gründen Arbeitsbuden nicht herzustellen. Die Behörde stand dieser famosen Begutachtung jedoch skeptisch gegenüber und es wurde bei den weiteren Verhandlungen der Weg beschritten, daß Probeforschungsbücher herzustellen seien. Der durchgeführte Versuch ergab das Unhaltbare der Unternehmerrgutahten.

Der Bericht sagt S. 208: „Die Arbeiter und Poliere haben sich über diese Schutzbücher nach mehrwöchiger Probe höchst befriedigt geäußert und deren günstige Wirkung bei der Bearbeitung der blendend weißen Sandsteine beim grellen Sonnenlicht noch besonders betont.“

Angeichts solcher Vorfälle trifft der unterfränkische Berichterstatter das richtige, wenn er schreibt: „Das Verhalten der Arbeitgeber hinsichtlich der Anregung zur Beseitigung gesundheitschädlicher Einflüsse, insbesondere der Staubbeseitigung, läßt vielfach noch zu wünschen übrig. Namentlich bei kleineren Betrieben sind die Arbeitgeber schwer zu Verbesserungen zu bewegen.“ Wir freuen uns über die offene Sprache im Bericht. Für unsre Agitation ist eine solch unverblühte amtliche Darstellung sehr wertvoll. Wenn unsere Kollegen in den Versammlungen die miserablen sanitären und hygienischen Zustände in Werkstatt und Bruch schildern wollen, dann tun sie gut, unsere veröffentlichten Zitate aus dem bayrischen Gewerbeinspektionsbericht zu benutzen.

Das Sinken der Löhne beleuchtet der unterfränkische Gewerbeinspektor ebenfalls in eingehender Weise. Um äußerst objektiv zu sein, geben wir sein Resümee hierzu im vollen Wortlaut (S. 210) wieder:

„Ein nicht unerheblicher Rückgang in der Lohneinnahme war dagegen bei den Steinbauern, besonders am Untermain, zu beobachten. Die Minderung des Lohneinkommens war bis zu 20 Prozent und darüber. Die Arbeitgeber haben hierbei anerkannt, daß die Arbeiter, schon vorerwähnt, ihre Leistungsfähigkeit erhöhen, um bei den herabgesetzten Akkordlöhnen die frühere Lohneinnahme zu erreichen. Diese Verhältnisse und der fortgesetzte Mangel an Arbeitsgelegenheit haben denn auch die Abwanderung einer erheblichen Zahl von sechshundert Arbeitern nach Baden, Thüringen, Bremerhaven usw. veranlaßt. Die Verschlechterung der Lohnverhältnisse wird auf die fortgesetzten Preisunterbietungen bei Vergabe von Lieferungen, namentlich bei den Submissionen zurückgeführt und es treten hier die an dieser Stelle im Jahresbericht für 1903 Seite 179 dargestellten Wirkungen des so beweglichen Akkordlöhns wieder ziemlich deutlich hervor.“

Nach den vom Verbands der Steinbauer Deutschlands, Gruppe Würzburg und Umgebung erhaltenen statistischen Aufstellungen über die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und nach den von der Arbeiterschaft gelieferten Nachweisungen stellt sich von den letzten verfloffenen zehn Jahren das Jahr 1905 als das günstigste für die Erwerbsverhältnisse der Steinbauer dar. Die Bewegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Jahren 1905 bis 1907 nach dem durchschnittlichen Ergebnis dieser Nachweisungen geht aus nachstehender Uebersicht hervor:

Nr.	Gegenstand der von der Arbeiterschaft gelieferten Nachweisungen und der Umfang der Beteiligung hieran	Ermittelte Durchschnittsergebnisse in den Jahren		
		1905	1906	1907
I	Lohneinnahme im Jahre	1012,57 Mk.	870,78 Mk.	735,71 Mk.
II	Rückgang der Lohneinnahme vom Jahre 1905 ab in Prozenten	—	14 %	27,35 %
III	Arbeitslosigkeit im Jahre	48 Tage	63 Tage	78 Tage
IV	Das Lebensalter der an der Nachweisung beteiligten Arbeiter in Jahren, Monaten und Tagen	35—6—8	33—8—5	33—0—10
V	Von allen im Bezirk beschäftigten Steinbauern beteiligten sich an der Befragung dieser Nachweisungen	70 %	75 %	60 %

Gegenüber den vorstehenden Darstellungen kommt für die Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse aller Steinbauer im Regierungsbezirk jedoch noch in Betracht, daß im Würzburger Bezirk vorherrschend Muschelkalkstein bearbeitet wurde, bei dem wesentlich günstigere Absatz- und Lohnverhältnisse zu beobachten waren, als dies bei der Sandsteinindustrie des Untermaines der Fall war. Letztere Annahme findet auch in dem Nachweise der Gewerbeaufsichtsbeamten in den Jahresberichten, nach welchen die Zahl der Arbeiter in der Muschelkalksteinindustrie von 1300 im Jahre 1905 nur auf 1298, die der Sandsteinindustrie dagegen von 5200 im Jahre 1905 auf 4333 im Jahre 1907 gesunken ist, ihre Bestätigung.“

Die Lebensmittelpreise steigen ins Unermessliche; die Löhne für die Maintal- und Sandsteinbauern dagegen sind um zwanzig Prozent gefallen. Himmelschreiender kann der herrschende Kontrast im heutigen Wirtschaftsleben nicht zum Ausdruck kommen. Ob der gesalbte Liborius Gerstenberger in Würzburg, dieser politisch streitsüchtige Gottesmann, in seiner Zeitung jetzt noch zu be-

haupten mag, daß der „Steinarbeiterverband“ nur Geharbeit leistet, ist doch wohl sehr fraglich.

Die Revisionen in den Steinbrüchen haben allerdings durch die Ueberlastung der Gewerbeaufsichtsbeamten sehr stark gelitten. Und gerade in Bayern wäre wegen der starken Steinindustrie eine stärkere Revision sehr am Platze. Das Verhältnis der vorhandenen zu den revidierten Betriebsanlagen stellt sich folgendermaßen:

	Zahl der Steinbrüche und Steinbauereien	Davon revidiert
Oberbayern	112	28
Niederbayern	201	9
Rheinpfalz	230	76
Oberpfalz	98	24
Oberfranken	84	55
Mittelfranken	177	24
Unterfranken	486	154
Schwaben	128	85
Summe	1516	455

Es sind also bloß 30 Prozent der Betriebe innerhalb Jahresfrist einer Revision unterzogen worden. Dieses Resultat muß als völlig ungenügend bezeichnet werden. Gerade die Ueberlastung der Gewerbeaufsichtsbeamten ist ein Grund mehr für die Anstellung von Bruchkontrolleuren aus Arbeiterkreisen.

Auch die Arbeiterkontrollen im Baugewerbe haben sich in Bayern sehr gut bewährt. Gegenüber den gehässigen Angriffen eines Teiles des baugewerblichen Unternehmertums auf diese Einrichtung geben die Gewerbeinspektoren für das Jahr 1907 beachtenswerte Urteile ab. Diese gehen dahin, daß man in Bayern mit der Einziehung von Vertretern der Arbeiter bei der Ueberwachung der Bauarbeiterbeschäftigungen nur günstige Erfahrungen gemacht hat. Solche von den Gemeinden angestellte „Bauaufseher“ gibt es zurzeit in Bayern 58. Wenn auch der günstige Einfluß derselben nicht direkt durch Sinken der Unfälle bei Bauten nachweisbar sei, so könne doch aus der großen Zahl der Baubefestigungen und der dabei erhobenen Beanstandungen auf eine Verminderung der Unfallgefahr namentlich beim Gerüstbau geschlossen werden. Die Vermehrung dieser Bauaufseher wäre nach dem Generalbericht in mittleren und kleineren Städten nur zu begrüßen. Im einzelnen meint der Beamte für den Bezirk Oberbayern, zu dem auch München gehört, von den Kontrollen: „Mit ihrer Tätigkeit sind die Gemeinden fast ausnahmslos zufrieden, und es ist anzunehmen, daß sie merklich zu der Herabminderung der Unfälle beigetragen haben. Die Arbeitgeber jedoch, wenigstens in München, verhalten sich ablehnend und halten diese Baukontrollen ihren Dienstaufgaben nicht gewachsen; ihre Tätigkeit für nicht ersprießlich.“ Der Beamte für Unterfranken bemerkt: „In Würzburg und Schweinfurt fanden sich, soweit die Zuständigkeit der Baukontrollen aus dem Arbeiterstande gegeben war, im Allgemeinen recht befriedigende Verhältnisse.“ Und der Beamte für den Bezirk Schwaben urteilt: „Die aufgestellten Baukontrollen, von denen sechs dem Arbeiterstande entnommen sind, haben sich gut bewährt.“ Die Urteile der unparteiischen Beamten sind dem Institut der Arbeiterkontrollen also durchaus günstig. Die Einführung dieses Instituts von Reichs wegen hat die Sozialdemokratie seit Jahren gefordert. In den letzten Jahren hat sich, gedrängt von der christlichen Bauarbeiterschaft, auch das Zentrum zu dieser Forderung bekannt. Und im Reichstage fand sich eine Mehrheit dafür, aber im Bundesrat opponierte Preußen. Die preussische Regierung hat die reichsrechtliche Regelung dieser Frage aus unhaltbaren Gründen verhindert. Aber auf die Dauer dürfte ihr das wohl schwerlich gelingen. — Bayern hat also auch in dieser Hinsicht bahnbrechend gewirkt.

Alles in allem gibt uns der besprochene Bericht rückhaltlos Aufschluß, daß die soziale und berufliche Lage der Steinarbeiter mehr als eine gedrückte ist. Der „rote“ Steinarbeiterverband hat in Bayern noch viel Arbeit zu leisten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontermäßigung und Börse. — Kohlenyndikat. — Eisenproduktion und Eisenausfuhr. — Schiffsbau. — Kleinereisen-gewerbe. — Getreidepreise.

Die lange erwartete und angekündigte Diskontermäßigung der Reichsbank ist tatsächlich am 27. April beschlossen worden. Die Ermäßigung betrug jedoch, trotz der langen Verzögerung, nur ein halbes Prozent, so daß wir also seit dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrise folgende allmähliche Wiederabtragung der Paniklage zu verzeichnen haben: 8. November 1907 7½ Prozent, 13. Januar 1908 6½ Prozent, 25. Januar 6 Prozent, 7. März 5½ Prozent, 27. April 5 Prozent. Der Reichsbankpräsident Cavenstein riet vor dem Zentralausschuß abermals zu fortgesetzter Vorsicht. Die Herabsetzung um ½ Prozent sei das äußerste, was einstweilen geschehen könne, so gerne man den Wünschen der Geschäftswelt betreffs des billigeren Geldes entsprechen würde. Gegen diese Ausführungen erhob sich, wie es im Preßbericht heißt, von keiner Seite ein Widerspruch.

Da die Geschäftswelt, vor allem die Börse, schon seit ein paar Wochen mit der bevorstehenden Diskontermäßigung gerechnet hatte, so blieb jeder belebende Eindruck aus; eher machte sich eine gewisse Enttäuschung geltend, daß man nach verlängerter Wartezeit immer noch so wenig erhielt. Einige Industriewerte sind zwar in der letzten Aprilwoche gestiegen, doch handelt es sich dabei meist um Unternehmungen, denen bestimmte große Banken nahestehen, bei denen also die „Nachhilfearbeit“ offenbar in erster Linie den Zweck verfolgte, mit alten Aktienbesitzern der Großfinanz unter günstigeren Bedingungen aufzuräumen. Ferner trieb man die Bergwerksaktien mit einigem Erfolg in die Höhe, auch die Zuckeraktien, da auf dem Weltmarkt die Zuckerpriese infolge der Angebotsknappheit eine steigende Tendenz zeigen. Kläglich sah es dagegen gleichzeitig immer um unsre Reichs- und Staatsanleihen aus, da jede sich regende Kurzerholung sofort wieder durch das Ueberangebot neuen Schuldenmaterials erdrückt wird. Waren doch die vierprozentigen Anleihen zeitweise unter den Substitutionskurs (99,50) der letzten Schuldenvermehrung gesunken und heute (am 2. Mai) lassen sie den Reich-

tern noch immer nicht ein paar Pfennige Kursgewinn, der allein doch fernere staatliche Rumpfsuche beliebter und aus-sichtsvoller gestalten könnte.

Ein gewisses Einlenken zu weniger herausfordernder Praxis bereitet sich anscheinend bei dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat vor. In der Bechenbesitzerversammlung vom 22. April wurde eine etwas geringere Produktionsbeschränkung für die Monate Mai und Juni festgesetzt: für Kohle 12½ Prozent, für Koks 30 Prozent, für Bricketts 5 Prozent. Die Produktionsbeschränkungen — aus denen sich, wie wir, um Irrtümer zu vermeiden, wiederholen, die abgabenfreien, nicht die tatsächlichen Produktionsmengen ergeben — stellten sich also bisher im laufenden Jahre:

	1908	Kohle	Koks	Bricketts
		— Proz.	10 Proz.	— Proz.
Januar	—	—	10	—
Februar	—	—	20	—
März	10	—	35	10
April	15	—	—	—
Mai	12½	—	—	—
Juni	—	—	—	5

Die deutsche Roheisenproduktion war, nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, im letzten Monat März bereits geringer wie im März 1907 und sogar 1906. Sie belief sich nämlich im Monat März 1908 auf 1 046 998 Tonnen gegen 1907 mit 1 099 257 Tonnen und 1906 mit 1 058 527 Tonnen. Für die ersten drei Monate stellt sich 1908 auf 3 102 518 Tonnen gegen 3 139 600 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei scheinen wir eine Erfahrung von neuem zu machen, die schon für die Depressionsperiode nach 1900 charakteristisch war: trotz der sich abmähenden Erzeugung steigt die Ausfuhr, die man offensichtlich zu forcieren sucht, um die Leistungsfähigkeit der Werke immer noch nach Möglichkeit auszunutzen. Allerdings trifft das im März nicht speziell für das Roheisen zu, wohl aber um so mehr für andre Eisenerzeugnisse, die doch nur eine umgewandelte Form des Roheisens darstellen. Die gesamte Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren betrug Tonnen (zu 1000 Kilogramm):

	1907	1908
Januar	258 918	247 128
Februar	263 977	308 751
März	297 587	318 924
1. Vierteljahr	820 483	874 103

Das erste Quartal übertrifft demnach in diesen Ausfuhren das Vorjahr bereits um 53 620 Tonnen oder um 6,5 Prozent. Rohsluppen, Rohschienen, Eisenbahnschienen waren an der Märzsteigerung der Ausfuhr besonders stark beteiligt.

Ein großer Abnehmer der Eisenindustrie und zugleich vieler anderer wichtiger Produktionszweige ist der Schiffsbau. Auf dessen kritische Lage in England, das noch immer über drei Fünftel der internationalen Lieferfähigkeit auf diesem Gebiet umfaßt, kamen wir anlässlich der Lohnstreitigkeiten im Norden und Nordosten Großbritanniens zu sprechen; hier ist der Rückschlag, schon seit dem zweiten Vierteljahr 1907 allmählich einsetzend, am einschneidendsten. Doch kommt die rückläufige Bewegung fast überall, in allen Ländern und Erdteilen zum Ausdruck. Daß der Segelschiffsbau fast ganz aufgehört hat, ist am Ende die Folgeerscheinung nicht der Rheberetritts, sondern eines, selbst in Hochkonjunkturzeiten fühlbaren Entwicklungsprozesses. Aber auch bei den Dampfern stellt man wohl die einmal begonnenen Fahrzeuge fertig, doch an Aufträgen mangelt es; viele Schiffswerften unternehmen Bauten auf eigene Rechnung, um ihre Betriebe, tote Anlagen sowohl wie lebendige Arbeitskräfte nicht stillzuliegen und einzubüßen. Nach der Statistik waren Dampfer im Bau in:

	1907		1908
	31. Oktober	31. Dezbr.	31. März
Deutschland	232 000	251 700	218 000
Frankreich	109 800	107 800	92 200
Japan	80 800	76 600	101 600
Italien	70 400	46 400	46 800
Holland	45 700	43 900	44 500
Norwegen	31 200	35 500	31 200
Schweden	3 900	5 700	6 800
Oesterreich-Ungarn	12 700	12 600	18 000

Die meisten Länder hatten also ihren Höhepunkt bereits Ende November zu verzeichnen, Deutschland und Norwegen-Schweden jedoch erst Ende Dezember. Gegen diese Höhepunkte ist fast überall der Abfall kein geringer, mit Ausnahme Japans und Oesterreich-Ungarns, die ihren Aufschwung fortsetzen, während Holland sich im wesentlichen auf dem gleichen Niveau zu halten vermochte. Der deutsche Schiffsbau soll in normaler Zeit etwa 55 000 bis 60 000 Arbeiter beschäftigen, der englische 300 000 bis 350 000. Für die Vereinigten Staaten fehlt eine genauere Nachweisung, doch ist hier wahrscheinlich die Depression eher eine noch größere wie in Europa.

Ueber die Beschäftigung der Kleinereisenindustrie brachten vor ein paar Tagen die Zeitungen einen sehr instructiven Bericht aus dem Rheinlande. Hier spielt der Export eine große Rolle und deshalb war die Stodung in den Vereinigten Staaten überaus empfindlich. Die täglichen Gebrauchsgegenstände sind, weil unentbehrlich, weniger Schwankungen des Bedarfes unterworfen; aber selbst soweit dies gilt, hält sich doch der bestellende Handel stark zurück; er zehrt lieber von seinen Vorräten und verzögert die Einkäufe auf spätere Zeit, von der er ein noch billigeres Angebot erwartet. Am schärfsten von dem Rückgang ist die Baubedarfsbranche bisher betroffen; „Der Verbrauch an Beschlagteilen, Schloßern, Niegeln usw. geht täglich mehr zurück und veranlaßt ein Weichen der Preise, da die Konventionen sich nicht als stark genug erweisen, die Preise zu halten.“ Im Remeisfelder Bezirk, der vor allem den industriellen Bedarf an Werkzeugen widerspiegelt, sind fast überall Arbeiterentlassungen vorgenommen und die Betriebe scharf eingeschränkt worden. Zufriedenstellend sind fast nur solche Zweige, die den lebhaft tätigen Waggonfabriken liefern; auch der Bezug landwirtschaftlicher Geräte soll leiblich geblieben sein, allerdings bei weniger günstigen Preisen wie vorher.

Die Weizenpreise sind, nach dem ewigen Auf und Ab dieses Jahres, abermals seit dem 1. April fast stetig gestiegen. Maiweizen stand am 27. März 206½, am 30. März 208, dann am 1. April 204, am 3. April schon 206½, am 23. April 215, am 24. April 217½, seitdem ist ungefähr, mit einer geringen Abschwächung, dieser Stand geblieben (am 2. Mai 216 und etwas darunter). Der Roggen folgte wie gewöhnlich in der gleichen Richtung. Roggen stand am 30. März 191½, am 1. April schon wieder 194, am 3. April 196½; nach zeitweiligem Rückgang bis auf 192 am 13. April notierte er am 23. April 196½, am 24. und 27. April sogar 197½, am 2. Mai stand er immer noch über 196½. Das sind zwar noch nicht die letzten Oktober- und Novemberpreise wieder (im Monatsdurchschnitt Weizen 228 und 226 Mark, Roggen 209 und 211 Mark). Aber wenn nicht bald außerordentlich günstige internationale Saatensstandsberichte die Marktstimmung beein-

flüssen, so wird der Preisstand von den Zufuhren aus der alten Ernte, denen man, wie den argentinischen, mit soviel Hoffnung entgegenfäh, kaum noch nach unten beeinflusst werden.
Berlin, 3. Mai 1908. Max Schippel.

Konzentration des Kapitals.

Vor kurzem ist der amtliche Bericht über die Aktien- und Kommanditgesellschaften auf Aktien erschienen, deren Bestand und Stärke mit der Erhebung vom 31. Dezember 1906 aufgenommen wurde. Damit hat die Reichsstatistik den Anfang gemacht zu einer laufenden Beobachtung zunächst der Entwicklung dieser Form großkapitalistischer Unternehmungen und zur Sammlung wichtigen Materials für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen von brennendem Interesse, die auch den Arbeiter und „kleinen Mann“ angehen.

Denn neben den Kartellen und kartellartigen Gebilden sind es gerade die Aktienunternehmungen, die nicht allein durch ihre Größe, sondern auch vermöge ihrer eigenartigen Organisationsform auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse großen Einfluß haben und die nicht mit Unrecht als die Repräsentanten des industriellen Großkapitals gelten. In das Wesen dieser Unternehmungen Einblick zu gewinnen, ist daher von praktischem Wert für den Gewerkschafter wie für den Wirtschaftspolitiker überhaupt.

Nach dem Stande vom 31. Dezember 1906 gab es 4952 Aktiengesellschaften und 108 Kommanditgesellschaften auf Aktien, die mit einem Nominalkapital von 13 271 Millionen bzw. mit 577,51 Millionen Mark „arbeiten“. Die Kommanditgesellschaften scheinen auf dem Aussterbeort zu stehen; hingegen sind die Aktiengesellschaften in kräftiger Entwicklung begriffen. Sie finden sich auf allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit mit Ausnahme natürlich solcher Gewerbe, deren Wesen der Kollektivunternehmung von vornherein widerspricht, also der künstlerischen und rein handwerksmäßigen Produktion. Danach finden sich die meisten Aktiengesellschaften im Nahrungsmittelgewerbe mit 413 Unternehmungen und einem Nominalkapital von 1082 Millionen Mark. Dann folgen: der Handel mit 839 Gesellschaften und 4427 Mill. Mark, die Maschinenindustrie mit 538 Gesellschaften und 1624 Millionen Mark, die Verkehrsgewerbe mit 487 Gesellschaften und 1518 Millionen Mark, die Industrie der Steine und Erden mit 357 Gesellschaften und 417 Millionen Mark Betriebskapital usw.

Die Kapitalhöhe ist in den verschiedenen Produktions- und Wirtschaftsgruppen eine sehr ungleichmäßige, es wäre durchaus irrig, anzunehmen, daß einer größeren Anzahl von Gesellschaften auch ein größeres Betriebskapital entsprechen müsse. Es gibt Industriezweige mit einigen wenigen Aktienunternehmungen, deren Gesellschaftskapital das Kapital einer doppelt und dreifach so großen Zahl von Gesellschaften anderer Industriezweige aus dem Felde schlägt.

Die höchste Kapitalgruppe besteht aus neun Gesellschaften, deren jede über ein Nominalkapital von mehr als 100 Millionen Mark verfügt. Darunter befinden sich 5 Banken: die Deutsche Bank (200 Mill. M.), die Dresdner Bank (180 Mill. M.), die Diskontogesellschaft (170 Mill. M.), die Bank für Handel und Industrie (154 Mill. M.) und der Schaaffhausensche Bankverein (145 Mill. M.). Mit über 100 Millionen Aktienkapital arbeiten: aus der Gruppe des Bergbau- und Hüttenbetriebs das Gelsenkirchener Bergwerk (130 Mill. M.), die Krupp-Werke (180 Mill. M.); aus der Gruppe des Verkehrsgewerbes der Norddeutsche Lloyd (125 Mill. M.) und die Hamburg-Amerikanische Linie (125 Mill. M.). Die weitaus größte Zahl der Aktiengesellschaften freilich sind von bescheidenem Umfang als jene Riesen und verfügen nur über ein Betriebskapital von 1—5 Millionen Mark. Es sind 1768 Betriebe, von welchen 1048 in Preußen, 153 in Bayern, 152 in Sachsen, 51 in Württemberg und 62 in Baden sich befinden.

Am frühesten entwickelten sich die Aktiengesellschaften im Affektuergewesen, in der Textilindustrie, im Verkehrsgewerbe, Bergbau und in der Bauwelt; dann folgten die Gemische Industrie, die Gaswerke, Baumwollspinnereien, Eisenindustrie und Brauereien; später die Hypothekenbanken, Eisenbahnen, Immobiliengeschäfte, Papierfabriken, Kuranstalten und die Elektrizitätswerke. Sie sind das jüngste Kind der Laune des Kapitalismus, aber sicher nicht das letzte. Die Entwicklung geht weiter und die Kollektivunternehmung wird in der Industrie zur herrschenden Form. Heute gibt es schon 5600 Aktiengesellschaften.

Seider liegt die offizielle Rentabilitätsstatistik jener im Jahre 1906 erhobenen Unternehmungen noch nicht vor. Dafür kennt man die Bilanzen von 4643 Gesellschaften aus dem Jahre 1907 in ihren wichtigsten Ziffern. Danach verfügten jene 4643 Unternehmungen über ein Aktienkapital von 12,61 Milliarden Mark, womit allerdings nur der Nominalwert angegeben ist, nicht aber das wirklich eingezahlte Kapital. Will man für die Beurteilung der Rentabilität eine Grundlage gewinnen, darf man sich nicht mit dem Aktienkapital allein begnügen, sondern muß auch die übrigen Kapitalien, die im Betriebe stehen, in Rechnung ziehen, also auch die Leihkapitalien, die Reservefonds und vor allem natürlich die bereits investierten Kapitalien. Denn das ist das Charakteristische dieser Kollektivunternehmungen, daß sie trotz der Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung es vorzüglich verstehen, nicht allein über ihren Reingewinn, sondern auch über ihre Vermögensbestände den Schleier der Verschwiegenheit zu breiten, so daß man schon recht scharf hinschauen muß, wenn man die wirkliche Größe dieser Kapitalkonzentrationen erkennen will.

Von den erwähnten 4643 Gesellschaften haben 4072 mit 11,976 Milliarden Mark einen Reingewinn von 1,61 Milliarden erzielt, indes 571 Gesellschaften mit 633,95 Millionen Mark Betriebskapital einen Verlust von 100,76 Millionen aufzuweisen hatten. Die ersteren verzinste also ihr Nominalkapital mit 13,6 Prozent; berücksichtigt man auch die Verluste, so ergibt sich ein Reingewinn von 1515,23 Millionen Mark, was einer Verzinsung von 12,01 Prozent entspricht.

Wenn da von „Reingewinn“ die Rede ist, so darf man nicht etwa glauben, daß das der ganze Profit sei, den das Kapital abwerfe. In Wirklichkeit ist der Profit, d. h. der dem Arbeiter abgenommene Mehrwert viel größer. Von ihm werden die Kapitalvermehrungen bestritten, die jedes Unternehmen jährlich vornimmt: die Abschreibungen vom Inventar, die Dotierungen der verschiedenen Reservefonds, die zum Schutz vor Verlusten gebildet werden und oft reichlicher ausfallen, als gerade notwendig ist. Insbesondere die Inventurabschreibungen sind bei vielen Aktiengesellschaften recht verdächtige Manipulationen. Denn sie dienen dazu, um den Reingewinn niedriger erscheinen zu lassen als er in der Tat ist.

Erst nachdem man den Profit künstlich verringert hat, wird der Reingewinn angegeben und von diesem zunächst die Dividende ausgeschüttet. Sie betrug 1906 für 3521 Gesellschaften mit 11,23 Milliarden Kapital 8,7 Prozent (1905: 8,1 Prozent), was einer Summe von 978,34 Millionen Mark gleichkommt.

Natürlich wird dieser allgemeine Durchschnitt von zahlreichen Gesellschaften weit übertroffen, und die Aktionäre, die für die Produktivität der Unternehmungen keinen Finger rühren (höchstens den Daumen und Zeigefinger zum Halten der Couponfächer), heimfen oft noch viel mehr ein, insbesondere wenn sie sich bei der Emission der Aktien beteiligt haben und Gründergewinne zu machen in der beneidenswerten Lage waren. Daß daneben infolge der Börsenspekulation mancher Aktionär „nur“ 5 oder 6 Prozent einbringt, kommt dem in den Aktienunternehmungen schuftenden Proletariat durchaus nicht zugute: er muß ja doch für den gesamten Profit aufkommen und alle 10 oder 15 (und auch viel mehr natürlich) Prozent erarbeiten! Der Börseman, der an dem Handel mit den Aktien profitiert,

kann also leicht mit der Hälfte der Dividende zufrieden sein und braucht uns nicht das Herz zu zerreißen. Ist er doch — wie jeder Aktienbesitzer — der lebendige Beweis dafür, daß in den größten Betrieben auch heute schon zwar nicht das Kapital, wohl aber der Kapitalist ein höchst überflüssiges Individuum ist, daß die eigentliche wirkliche Arbeit vom Proletariat und Techniker geleistet wird, indes der Aktionär „bloß“ die unbezahlte Arbeit sich aneignet.

Zu den Tarifabschlüssen im Baugewerbe

schreibt der Grundstein (Organ des Maurerverbands) folgendes:

„Ganz ungewöhnlich war die Art der Verhandlungen, weil sie, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, in ihren letzten Abschnitten zwischen den beteiligten Zentralvorständen von einer Stelle aus für das ganze Reich geführt wurden. Noch ungewöhnlicher deshalb, da die Vorstände der Arbeiterorganisationen weder zu solchen Verhandlungen, noch zum Abschluß eines solchermaßen zustande gekommenen Vertrags einen speziellen und festumschriebenen Auftrag der Gesamtheit ihrer Mitglieder hatten. Auf die statutarisch- oder moralisch-rechtliche Seite dieser Angelegenheit brauchen wir hier jedoch nicht weiter einzugehen; denn wir sind mit dem Vorstand unseres Verbands der Meinung, daß seine Stellung der Sachlage völlig entsprach, wie wir auch die Ueberzeugung haben, daß sich die übergroße Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder mit der „Rechtsverleugung“ abfinden wird.

Außerst interessant ist aber der Gang der Verhandlungen insofern, als er uns mit beispielloser Schnelligkeit zu einem „Reichstarif“ geführt hat. Wenn wir einige Jahre zurückblicken, so sehen wir, daß unsere baugewerblichen Unternehmer sehr wenig Interesse für den Tarifvertrag bekundeten. Noch im Jahre 1900 erklärte der Vorstand des deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, er sei zu der Ueberzeugung gekommen, „daß es sich mit Rücksicht auf die sehr verschiedenartigen Verhältnisse im Baugewerbe innerhalb Deutschlands, auf die bisher noch häufig auftretenden gegenteiligen Ansichten über die Möglichkeit eines Vorgehens nach der angebotenen Richtung, aber auch auf Grund der gemachten Erfahrungen in der Mehrzahl von Städten, in denen derartige Vereinbarungen (Tarifverträge) bereits getroffen sind, vorläufig nicht empfiehlt, die dort bereits angeregte Frage durch den Vorstand des deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe weiter zu verfolgen.“ Diese Erklärung war die Antwort auf eine Mitteilung unseres Verbandsvorstands an die erste Bundes-Generalversammlung, in der keineswegs von einem Reichstarif die Rede war, sondern worin nur zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Zahlstellen unseres Verbands bereit seien, unter bestimmten Voraussetzungen Tarifverträge mit den örtlichen Unternehmerorganisationen abzuschließen. — Damals war die Unternehmerorganisation noch schwach, der Bund eben erst im Entstehen, und er war sich noch im Unklaren darüber, wie er sich des Ansturms der organisierten Arbeiterschaft am besten erwehren könnte: mit oder ohne Tarifvertrag? Eine andre Beurteilung fand die Frage bei dem Bund, als er von Jahr zu Jahr mehr erstarkte und mancherorts die Tarife zum schlechten beeinflussen konnte. Im Jahre 1905 erklärte derselbe Vorstand, der die obige Erklärung unterzeichnet hatte: „Eine Tarifgemeinschaft mit den Arbeitern zu schließen, ist das Idealste, was es gibt; und diese aber zu erreichen, gehört Macht.“ Seit dieser Zeit arbeitet der Unternehmerbund allerdings daran, die Tarifverträge zu konzentrieren. Aber nicht etwa in dem Sinne, die Arbeitszeit und den Lohn den Größenverhältnissen der Orte angemessen zu gestalten, sondern nur in bezug auf Knebelparagrafen für die Arbeiter und auf den gleichzeitigen Entdemer der Verträge. Das Produkt dieser Ermüngen war der „Muttertarif“.

Bei der Beratung und Herausgabe dieses Muttertarifs wird der Unternehmerbund aber kaum daran gedacht haben, daß die Verhandlungen so langwierig und verworren werden könnten, daß der Bundesvorstand selbst sie schließlich in die Hand nehmen mußte. Er hat seinen Unterverbänden nur eine Richtschnur geben und sich ein Vetorecht vorbehalten wollen; im übrigen sollten die Verhandlungen wie bisher zwischen den örtlichen Organisationen geführt werden. Die Führer der Arbeiterorganisationen haben zwar von vornherein gewußt, daß die von dem Unternehmerbund inspierten Verhandlungen auf der angenommenen Grundlage nicht zum Ziele führen könnten; einen solchen Ausgang haben aber auch sie nicht gewollt, da ja unter den obwaltenden Umständen gegen einen Reichstarif und möge es nur ein Schatten davon sein, die schwersten Bedenken bestehen mußten. Und dennoch: der Knoten konnte nicht anders gelöst werden, oder man hätte ihn durchhauen müssen.

Immerhin sind wir von einem wirklichen Reichstarif noch sehr weit entfernt. Der jetzige Tarif ist nur in bezug auf die allgemeinen Bestimmungen und die Ablaufzeit einheitlich. Zu einer weiteren Regelung werden wir wahrscheinlich auch 1910 noch nicht kommen. Die Grundlage eines Reichstarfs muß sein die Verständigung über die tatsächliche Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, und zwar gleichmäßig für gleich große bzw. gleich bedeutungsvolle Orte. Ob sich der Unternehmerbund bis dahin zu einem solchen Standpunkt durchgerungen hat, muß heute als sehr zweifelhaft erscheinen. Aus demselben Grunde muß stark bezweifelt werden, daß 1910 die Tarifierneuerung auf der jetzt geschaffenen Basis glatt von statten geht. Unsern Kollegen müssen wir deshalb schon jetzt zurufen: Rüstet unablässig für die kommenden Kämpfe, damit, wenn eine friedliche Lösung nicht möglich ist, unsere Macht die Macht des Unternehmertums überragt.

Wie es aber auch kommen möge, so viel ist sicher: Für die nächsten Verhandlungen muß von vornherein eine andre Grundlage geschaffen werden.“

Korrespondenzen

Bremen. Am 4. Mai fand hier im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, die sich mit der Entlassung der Kollegen bei Werth beschäftigte. Es wurde zunächst ein Rückblick über den Verlauf der Mäifeier gegeben, sowie auch über die Maßnahmen berichtet, die getroffen wurden wegen der entlassenen Kollegen. In der Debatte trat klar zutage, daß Werth nur die Kollegen, die sich erlaubten, den Weltfeiertag zu feiern, nach dem Arbeitsnachweis der Scharfmacher zitierte, um eine Auslese vornehmen zu können. Da die Kollegen genannten Arbeitsnachweis nicht anerkennen, verlangen sie die Einstellung sämtlicher Entlassenen. Einstimmig wurde beschlossen, über die Firma Werth u. Co. die Sperre zu verhängen. Eine Resolution, die wollte, daß die Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet haben, einen Tagelohn in die Ortskasse zahlen sollten, rief eine ziemlich heftige Debatte hervor. Die Resolution wurde abgelehnt, da keine allgemeine Arbeitsruhe beschlossen war und nachstehender vom Vorstand begründeter Antrag mit großem Beifall angenommen: „Die am 4. Mai tagende Steinarbeiterversammlung verpflichtet die gesamten Kollegen, zur Unterstützung der Ausgesperrten pro Mann und Woche 50 Pfg. Extrasteuer zu zahlen, solange, bis die Kollegen wieder in Arbeit stehen. Das fehlende Geld wird aus der Lokalkasse gegeben. Die Ausgesperrten erhalten die im Statut vorgesehene Maßregelungsunterstützung. Ruß in einzelnen Fällen die Unterstützung erhöht werden, so regelt das der Vorstand.“

Kappelrodek. Am 10. Mai fand im Gasthaus zum Nebstod eine Steinarbeiterversammlung statt. Vertreten waren die deutschen und italienischen Kollegen. Auch Gauleiter Braun war anwesend. Braun beanstandete, daß faumfellige Beitragszahler vorhanden seien, trotzdem eine Lohnbewegung eingeleitet

sei. Beim Punkt: Tarifvorlage gab der Vorsitzende den neu ausgearbeiteten Tarif bekannt, welcher von den Kollegen für befriedigend anerkannt wurde. Er wurde dann am 11. Mai den Unternehmern zugesandt. Im Schmarzwald muß endlich ein geregelter Lohnsystem geschaffen werden. Wir nehmen an, daß die Unternehmer diesmal einsichtiger sind, als wie 1905. Gründe gegen einen Tarifabschluß können die Herren absolut nicht ins Feld führen. Braun gab noch verschiedene Winke, wie am besten bei einer Lohnbewegung zu operieren sei. Die Löhne sind hier sehr aufbesserungsbedürftig und die Arbeiten müssen heute besser angefertigt werden als wie früher.

Köln I. Eine am Donnerstag, 7. Mai, in Köln beim Birt Pompej äußerst stark besuchte Versammlung besetzte sich mit dem Tarif, welchen die Meister uns zugesandt hatten. Der Gauleiter mit der Lohnkommission hatte mit der Lohnkommission der Meister vorher zwei Sitzungen abgehalten, ohne daß es zu einer Einigung kam. Unsere Hauptforderungen waren 5 Pfg. Lohnzuschlag die Stunde und Fortfall der Affordarbeit. Die Meister bestanden aber darauf, die Affordarbeit unter allen Umständen wieder einzuführen, ebenso wenig waren sie dafür zu haben, die 5 Pfg. Lohnzuschlag zu bewilligen, sondern nur 3 Pfg. Nach jezt erregten Debatten über die einzelnen Punkte wurde die Präsenzliste verlesen, welche ergab, daß von den hier am Orte beschäftigten Kollegen nur einer fehlte. Da nun ein Teil der Kollegen arbeitslos ist und dadurch bei einem andern Teile der Kollegen keine richtige Kampfesstimmung herrschte, so kamen bei der geheimen Abstimmung, welche erfolgte, nicht die nötigen drei Viertel der Stimmen heraus, um den Kampf aufnehmen zu können. Für Streit stimmten 45 Kollegen, dagegen 27 und ungültig waren 2 Stimmen. Dadurch ist der von den Meistern eingeschickte Tarif angenommen. Die Meister wollen den Affordtarif, welcher nach Flächen und Gliedern aufgestellt wird, bis spätestens 1. Juli zusammenstellen, bis dahin wird im Tagelohn weiter gearbeitet. In dem neuen Tarif heißt es u. a., daß, wenn im Afford gearbeitet wird, die Arbeit mindestens mehrere Tage in Anspruch nehmen muß. Ist auch durch den neuen Tarif der Stundenlohn für uns um 2 und 3 Pfg. gestiegen, so sind der Verschlechterungen nicht wenige gegenüber dem alten Tarif, hauptsächlich der Afford, den wir vor drei Jahren abschafften. Nun, wirben Afford, wie er damals bestand, werden wir uns auf keinen Fall aufhalten lassen. Wir werden nun abwarten, wie der neue Affordtarif ausfällt, und dann wird sich das weitere schon finden.

Witten. Unsere erste Generalversammlung tagte am 10. Mai im Lokal Rötmeier. Trozdem eifrig für den Besuch dieser Versammlung wegen der Wichtigkeit Propaganda gemacht war, hatte es ein Teil der Mitglieder vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Die Steinarbeiter von Witten haben es sehr nötig, mehr Augenmerk auf ihre Berufsverhältnisse als auf die bürgerlichen Vim-Dam-Vereine zu richten. Ist es den Kollegen ernst mit dem Verband, dann ist die Versammlung der einzige Ort, wo wir unsere Wege ebnen können. Wir Steinarbeiter am Ruhrstrom haben alle Ursache, Gleichgültigkeit nicht aufkommen zu lassen, denn es könnten bittere Folgen für uns daraus entstehen, das mögen sich namentlich die deutschen Kollegen bei der Firma Karl Krämer merken. Es wurde die Tagesordnung erledigt. Der Kassenbericht vom verflossenen Jahre wurde anerkannt; die Versammlung bewilligte dem Kassierer 10 Mark für seine Tätigkeit. Als Revisoren fungieren die Kollegen Joseph Odenfeld und Graß. Der Vorsitzende wies dann noch auf die Interesslosigkeit hin und forderte die anwesenden Kollegen auf, stets mit voller Kraft für die Organisation einzutreten.

N. Wurzen. Am Sonntag, den 3. Mai, hielten die organisierten Steinarbeiter von Wurzen um Umgegend ihre zweite diesjährige Generalversammlung im Schützenhaus ab. Zum ersten Punkt: Kassenbericht, gab Kollege Noack die Einnahme und Ausgabe vom 1. Quartal 1908 bekannt. Die Gesamtsumme betrug 3041,97 M., die Ausgabe 1592,82 M. Die Revisoren des Landes über einstimmig, daß die Kassenbücher sowie Delege in bester Ordnung vorgefunden hätten. Kollege Noack bemerkte noch hierzu, daß in diesem Vierteljahr allein 2119 M. an Beitragsmarken vereinnahmt worden sind, ein Zeichen, daß die Organisation vorwärts schreitet. Auch kommen die Kollegen, bis auf eine geringe Zahl, betrefse der Beitragszahlung immer ihren Pflichten nach. Nach einer kurzen Diskussion gab Noack einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen des dritten Verhandltages in Kassel, aus welchem zu entnehmen war, daß auch dieser Verbandstag wieder dazu beigetragen hat, die Massen der Steinarbeiter immer mehr zusammenzuschmieden. Was die Kritik gegen die Vorstandsmitglieder anbetrifft, bemerkte Noack, daß sie in den meisten Fällen höchst ungerecht war. Es sei zu beurteilen, daß Delegierte verjuchten, das, was sie mit Kollegen Stärke irgendeinmal persönlich besprochen hätten, und er dabei unter Umständen auch einmal etwas verschoben hatte, was er aber dann durch den Gesamtvorstandsbeschluss nicht halten konnte, ihm daraus einen Strich zu drehen. Diese ganze Kritik habe bewiesen, daß in den Zahlstellen, wo geordnete Zustände in bezug auf Führung der Geschäfte herrschen, auch sehr gut mit den Vorstandsmitgliedern auszukommen ist. Es müsse auch eine Unterordnung in den Gewerkschaften vorhanden sein. Wo solle das hinführen, wenn jede Zahlstelle, in der nun gerade mal ein paar Patentgeschäfte vorhanden, nach Belieben wirtschaften könnte. Es ist manchmal ganz richtig, wenn Stärke mit einem ordentlichen Brief dazwischen fährt. Nach einer längeren Debatte schritt man zu Punkt 3: Aenderung der Generalversammlungen. Der Vorstand gab bekannt, daß er mit Rücksicht auf die Größe des Bezirks und den Streitigkeiten bei wichtigen Abstimmungen vorschläge, in Zukunft nur jährlich zwei Generalversammlungen abzuhalten, und zwar solle in jedem Orte auf je 10 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden. Auf diese Art würde man den Mitgliedern, welche drei und vier Stunden weit haben und bei schlechtem Wetter dann nicht alle kommen können, gerecht. Nach kurzer Debatte wird dieser Vorschlag einstimmig angenommen. Unter Punkt: Verbandsangelegenheiten wird auf Antrag der Gesamtbezirksleitung das Gehalt des Kollegen Noack besprochen. Allgemein wird anerkannt, daß es unmöglich ist, für die Dauer mit 1200 M. auszukommen, man darf nicht vergessen, daß Kollege Noack mindestens jährlich 250 M. im Interesse des Verbandes ausgeben muß, denn er liegt Tag für Tag draußen und hat eben sehr oft in Gasthöfen zu tun. Was das kostet, darüber wird sich jeder klar sein. Auch wird von mehreren Rednern betont, daß die 500 M., welche der Vorstand dazu gibt, entschieden zu wenig sind. Wenn eine Zahlstelle wie Pirna 500 M. für ihren Ortsbeamten bekommt, so könne ein so großer Bezirk, welcher nicht mit einer solchen Zahlstelle zu vergleichen ist, unmöglich mit 500 M. abgespeist werden. Kollege Noack bemerkt hierzu, daß die Gehaltsfrage vom Vorstand in nächster Zeit geregelt wird. Nach längerer Debatte wurde auf Antrag Pfeiffer, Bergmann und Pfüge das Gehalt um 200 M. einstimmig erhöht. Auch wird noch einstimmig beschlossen, vom 1. April ab für 200 Mitglieder die Beiträge an das Wurzner Kartell zu bezahlen. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Pfeiffer, Bergmann, Strauß und Dognitz gewählt. Hierauf unterzog Kollege Noack das Verhalten der Firma Bachmann einer scharfen Kritik, denn die Firma ist es gewesen, welche dem Leiter des Verbandes, Kollegen Noack, als die Mißstände in den Betrieben durch den Gewerbegerichtsprozeß aufgedeckt wurden, versprach, jederzeit mit dem Verbandsrat zu verhandeln. Auch sei sie bereit, einen Tarif abzuschließen. Heute, nachdem Ruhe ist und die Arbeiter einen Tarif mit fast gar keinen Erhöhungen eingereicht haben, ist es die Firma, welche nicht mit dem Verband verhandeln will. Goffentlich löst die Firma ihr Versprechen dadurch ein, daß sie ohne weiteres die geringen Forderungen der Arbeiter bewilligt.